

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

170 (26.7.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 % Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Postgebühr, monatl. Einzelempl. 25 %.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Russisch-polnischer Krieg.

Waffenstillstand?

W.B. London, 24. Juli. Die „Times“ melden, daß der Waffenstillstandsvertrag der polnischen Regierung an die Moskauer Regierung am Freitag nachmittag 2 Uhr abends telegraphisch übermittelt wurde. Das Blatt fügt bei, daß der Optimus in u. s. der militärischen Behörden gerechtfertigt sei und daß sich die Lage an der Front gebessert habe. Die Südfrontarmee halte sich in ihren Stellungen. In einer Besprechung der Lage sagt „Daily Chronicle“, die Alliierten müßten darauf bestehen, daß die an Polen angrenzenden Länder, sowohl Deutschland als auch die Tschechoslowakei, ihr Möglichstes zum Transport von Munition durch ihr Gebiet.

W.B. Amsterdam, 25. Juli. Nach einem Moskauer Funkpruch hat die Sowjetregierung den Vorschlag Polens auf Abschluß eines Waffenstillstandes angenommen. W.B. Paris, 25. Juli. Nach einem Funkpruch aus Moskau zieht sich die Rote Armee auf Befehl des bolschewistischen Oberkommandos zurück.

Deutschlands Neutralität.

W.B. Berlin, 25. Juli. Amlich. Die Reichsregierung hat am 25. Juli eine Verordnung erlassen, wonach im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands und den Krieg zwischen Polen und Sowjetrußland die Ausfuhr und die Einfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen, sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfes verboten wird, soweit diese Gegenstände für die Gebiete eines der beiden Kriegführenden Länder bestimmt sind. Die Reichsregierung hat mit dem Erlass dieses Verbotes von einem ihr anerkanntem Völkerrecht zusehenden und durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags unberührt gebliebenen Befugnisses Gebrauch gemacht. Daraus ist jeder Möglichkeit vorgebeugt, daß eine kriegsführende Partei vor der anderen durch Zufuhr von Waffen u. a. m. durch deutsches Gebiet begünstigt wird.

W.B. Berlin, 24. Juli. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Deutschland hat seine Neutralität gegenüber Rußland und Polen erklärt. Maßgebend für das Verhalten der deutschen Regierung würden nur die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts sein, da Deutschland dem Völkerrecht nicht angehört. Hinsichtlich der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen sei das Haager Abkommen von 1907 maßgebend, das dies zugunsten beider Teile gestalte, aber jedem Staate freistelle, sie zu unterlassen. Der Friedensvertrag von Versailler zwingt Deutschland nicht zur Abweisung von der Neutralität. Zwar hebt er den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Rußland auf, stellt aber den Kriegszustand dadurch nicht wieder her (Art. 116). Aushändigung der von Deutschland abgelieferten Waffen an Polen könne nicht verlangt werden, da die Waffen nach ausdrücklicher Bestimmung zerstört werden sollen (Art. 167). Truppentransporte der Alliierten durch Deutschland sind bei Durchführung des Friedensvertrags vorgesehen, können also zur Unterstützung im Kriege, nicht aber im Frieden von den beteiligten Staaten vorgenommen werden.

Eine deutsche Note.

W.B. Berlin, 24. Juli. Dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris ist am 21. Juli eine Note überreicht worden, in der zur Wahrung der Neutralität, zur Sicherung der Grenzen und zur Verhütung der Bevölkerung, die noch in Erinnerung an die früheren Russeneinfälle auf Aufmerksamkeit erregt ist, um Genehmigung zur Bildung einer freiwilligen Schutzwehr ersucht wird.

Die Eisenbahner halten Neutralität.

W.B. Berlin, 25. Juli. Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes, der mehr als eine halbe Million Beamten und Arbeiter vertritt, hat unter Teilnahme von Vertretern der Eisenbahnen des ganzen Reiches in seiner heutigen Sitzung folgende Entschlüsse mit 72 gegen 1 Stimme angenommen:

Die deutsche Regierung hat für Deutschland die Neutralität gegenüber Polen und Rußland erklärt. Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes hält diese Politik als die für Deutschland einzig richtige und erklärt es für eine unzulässige Notwendigkeit, jede Verletzung der Neutralität durch Transporte von fremden Truppen oder Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Die Bergarbeiter und das Kohlenabkommen in Spa.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Bochum meldet, sprach Hue in einer Konferenz des alten Bergarbeiterverbandes über das Kohlenabkommen von Spa und sagte, es dürfe das Uebereinkommen nicht gekündigt werden. Besonderen Dank zollte der Redner Holland, das uns durch den Kredit von 200 Millionen Gulden Vertrauen bewiesen habe. Die Bergarbeiterschaft werde alles daran setzen, um auch Hollands Kohlennot und ebenso die der Schweiz und der skandinavischen Länder zu mildern. Es wurde ein Antrag angenommen, in dem es heißt, daß sich die Bergarbeiter gegen die angebotene Gewaltpolitik der Entente, in der sie die Wästel der Versklavung der Bergarbeiter erblickten, energisch zur Wehr setzen werden. Sie seien freigestellt, die Kohlenförderung so zu steigern, daß die von der Entente verlangte Kohlenmenge, der Kohlenbedarf Deutschlands und die für Holland und die Schweiz geforderten Kohlenmengen geliefert werden könnten. Hierzu sei aber eine bessere Ernährung der Bergleute erforderlich. In einer neuen Entschlußfassung werden die Bergleute aufgefordert, im Verein mit der Organisation der Eisenbahner und Schiffleute sofort Vorkehrungen zu treffen, daß diejenigen Landesstellen, in denen sich Kohlenförderung betreibt, nicht mit Kohlen beliebert werden.

Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 24. Juli. Der Reichswirtschaftsrat setzte seine Beratungen heute vormittag fort. Verbandsvorsitzender Imbusch: Das Abkommen von Spa ist vom wirtschaftlichen Standpunkte aus unbedenklich. Es sprechen aber triftige wirtschaftliche Gründe sowohl für wie gegen die Entscheidung der Regierung. Wir müssen uns damit abfinden, und die Erzeugung nicht nur im Ruhrgebiet, sondern in ganz Deutschland steigern. Ohne die 1.5 Millionen Tonnen aus Oberschlesien wird die Gesamterzeugung unrentabel. Je mehr Kohlen die Gegner aus Deutschland herauspressen, um so weniger werden wir ihnen auf anderen Gebieten leisten können. Bergwerksdirektor Simons: Auf einen weitausgehenden Rückgang der Produktion ist nicht zu rechnen. Das Land muß ausschließlich auf das Ruhrgebiet rechnen. Auch von Braunkohlen ist nichts zu erwarten. Die Lagen für das Ruhrgebiet sind unrentabel. Wir haben zu viel zugestanden. Im Falle der Nichtunterzeichnung wäre es nach meiner Ansicht nicht zu einem Einmarch gekommen. Da aber an den Tatsachen nichts mehr zu ändern ist, muß man eben versuchen, mit der Arbeiterkass zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Mitsch, Arbeiterführer der Vinnenschifferei: Die Regierung hat in Spa außer Acht gelassen, daß die Kohlen auch gefördert werden müssen, deshalb hätten vorher die Vertreter des Transportgewerkschafts gehört werden müssen. Nur wenn die Vinnenschifferei die Kohlearbeit leistet, kann das Spaer Abkommen erfüllt werden. Die Lohnzahlung und die Vereinfachung des Arbeitsmittels für die Vinnenschifferei ist aber geradezu mangelhaft, so daß sie keine Neigung zu Überstunden haben. Die Überstunden müssen mindestens steuerfrei bleiben.

Ges. Bergarbeiter: Eine Erhöhung der obersteilischen Förderung kann nicht in Aussicht gestellt werden. Ich bin froh meines ablehnenden Beschlusses, mit aller Kraft daran zu arbeiten, den Vertrag zu erfüllen.

Dr. Nollmann legt dar, warum die Sachverhaltigen in Spa dazu kamen, für die Unterzeichnung zu stimmen. Die 2 Millionen Tonnen hätten auch nach der Quotation geliefert werden müssen und nicht nur diese, sondern die 30 Millionen Tonnen, die im Friedensvertrage vorgesehen sind. Außerdem hätte Frankreich durch den Verlust der Kohlengruben nicht nur die wirtschaftliche Hegemonie gegenüber den Neutralen gebüßt, sondern auch eine Wertschätzung der Trennung der deutschen Einheit büßen können. Spa hatte das Gute, daß zum ersten Mal Verhandlungen ermöglicht wurden, und daß uns Vertrauen gesiegt wurde.

Dr. Simons erklärte, er wolle nicht weiter die Gründe betonen, die zur Unterzeichnung geführt haben. Ein solches Recht habe nur der Reichstag. Daß man uns in der obersteilischen Kohlenkommission anständig behandeln werde, glaube er annehmen zu können, da Lord George selbst erklärt habe, daß nicht die Zahl der Vertreter, sondern die persönliche Bedeutung den Ausschlag geben werde. Hierdurch sei schon viel für uns erreicht und der Entente die Unterzeichnung beigebracht, daß es bei dem ganzen Abkommen nicht gegen, sondern mit Deutschland gehen müsse.

Rehr, v. Siedler, Vertreter der Landwirtschaft: Wir können nicht verhindern, daß das Abkommen unumkehrbar ist, aber wir wollen die Regierung möglichst in ertüchtigen.

Wissel: Steigerung der Förderung, bessere Ernährung und Sparsamkeit sind die Gr. der Veranlassung. Das läßt sich nur durch Sozialisierung des Bergbaues erreichen. Für die Ernährung muß mehr gechehen. Die Unterernährung ist nicht eine Folge der Zwangsmaßnahmen, sondern eine Folge mangelhafter Verteilung. Kohlenverfeuerung Betriebe müssen im Interesse der Sparmaßnahmen werden. Das Gefährdungsmoment muß weiter ausgebaut werden. Auch bei Zusammenlegungen darf man sich nicht scheuen. Der Redner ist für ein Kohlendirektorium.

Hierauf gelangte eine Resolution des wirtschaftspolitischen Ausschusses zur Verlesung. Es heißt darin u. a.:

Der Reichswirtschaftsrat erblickt in den Kohlenabkommen eine Befähigung des deutschen Wirtschaftslebens, deren Folgen unabsehbar sind. Wenn die durch das Abkommen verursachte Kohlenknappheit zu einer Katastrophe nicht führen soll, so muß sofort eine ungewöhnlich starke Steigerung der Kohlenproduktion eintreten, was eine Kraftanstrengung der Bergarbeiter zur Voraussetzung hat, die bei den derzeitigen Verhältnissen nicht geleistet werden kann. Der Reichswirtschaftsrat wird zur Art und Form der Sozialisierungswirtschaft des Kohlenbergbaues umgehend Stellung nehmen, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Zur Durchführung der eingegangenen Lieferungsverpflichtungen ist erforderlich vorübergehende Überarbeit der Bergarbeiter, bessere Lebenshaltung der Bergarbeiter, Steigerung der Erzeugungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft und Förderung der Ansiedlungen in den Bergrevieren.

In jedem Kohlenrevier wird eine Kommission aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern zur Prüfung der betriebs-technischen und betriebswirtschaftlichen Verhältnisse eingesetzt. Ferner ist erforderlich, eine sofortige, gründliche Durchbearbeitung der Kohlenverteilung nach wirtschaftlichen und verkehrsrechtlichen Gesichtspunkten. Weitergehende Verwendung von Braunkohlen, weitere Ausnützung der Wasserkraft, Anbahnung der Kraftwerke, Einrichtungen, Förderung und Schbung der Wirtschaft in allen Betrieben gewerblicher und industrieller Art, sowie Sicherung der während der Verhandlungen in Spa in Aussicht gestellten ausreichenden Reliefierung des deutschen Wirtschaftsgebietes mit obersteilischer Kohle.

Direktor Buehler-Damburg verlangte erhöhte Lebensmittelpreise für das ganze deutsche Volk und forderte die Schuld dafür, daß diese Nationen bisher nicht gewährt wurden, der Regierung zu. Es seien genug Lebensmittel in Deutschland vorhanden. Mit bloßer Auflage der Regierung sei nichts zu machen.

Herr von Siemens erklärte, der Hauptbeitragende von Spa werde die verarbeitende Industrie sein. Kohlenmangel und Arbeitslosigkeit würden die Folgen sein.

Reichswehrvorlage und Kriegsgerichte.

Als eine der nächsten Vorlagen wird das Reichswehrgesetz dem Reichstag beschickt. Soweit aus dem Entwurf, der zurzeit noch dem Reichsrat vorliegt, Einzelheiten bekannt geworden sind, trägt die Vorlage einen überaus reaktionären Charakter, der alle wirklich republikanisch gesinnten Parteien zum schärfsten Widerstand herausfordert muß. Besonders anstößig ist der § 32, durch den das gesamte Vereinigungs- und Versammlungsrecht der Soldaten praktisch aufgehoben wird. Die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen wird den Soldaten ohne alle Umstände unterjagt. Aber damit ist es noch nicht genug. Auch zu rein wirtschaftlichen Zwecken sollen sich die Soldaten künftig nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten versammeln und vereinen dürfen. Das gleiche gilt für alle übrigen Vereinigungen und Versammlungen zu nichtpolitischen Zwecken. Ein Bildungsvortrag für Soldaten oder ein literarisches Besprechungsstück soll künftig nur mit Genehmigung der Vorgesetzten gestattet sein.

Damit wird auch dieser kümmerliche Rest eines Vereinigungsrechtes illusorisch. Bei der bekannten reaktionären Gesinnung des Offizierskorps werden nur noch solche Vereinigungen gebildet sein, die ein gefügiges Werkzeug in der Hand dieser Herren sind. Namentlich werden alle Vereinigungen verboten werden, die irgendwie der Treue zur Republik und zur Verfassung verdächtig sind. Für den Kandidaten kann nicht der geringste Zweifel bestehen, daß z. B. der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten unter dem neuen Gesetz dafür wird büssen müssen, daß er unter dem Kapp-Buß mit seinen neunzigtausend Mitgliedern sich für die Regierung erklärte und damit wesentlich zum Zusammenbruch des verbrecherischen Unternehmens beitrug.

Dagegen werden gegenrevolutionäre und reaktionäre Suborganisations ruhig fortbestehen, wenn sie sich das bekannte „nationalen“ Mäntelchen umhängen. Denn „national“ ist bekanntlich unpolitisch, auch wenn das Wort die Mägen für ausgesprochen nationalistiche und reaktionäre Politik bildet. Die Folge des Gesetzes wird sein, daß jede Möglichkeit entzweindet, auf die Reichswehr im Sinne der Verfassungstreue und der republikanischen Gesinnung einzuwirken, sie wird bis auf den letzten Mann reaktionär und monarchistisch werden.

Man begreift nicht, wie ein demokratischer Reichswehrminister seinen Namen unter diesen Entwurf setzen konnte. Aber es muß immer wieder daran erinnert werden, daß Herr Fehler nur den Titel des Reichswehrministers führte. Bei seiner sachlichen Ahnungslosigkeit hat er wahrscheinlich nicht einmal den Sinn des § 32 bemerkt, falls er ihn überhaupt gelesen hat. Nebenfalls muß hier die Tatsache konstatiert werden, daß ein zur demokratischen Partei gehöriger Reichswehrminister die Hand dazu gibt, die gesamte Reichswehr dem Feind jeder Demokratie auszuliefern.

Für die Sozialdemokratie ist die Stellungnahme völlig klar. Sie hat schon in der Nationalversammlung — leider vergeblich — dagegen gekämpft, daß den Soldaten das Wahlrecht genommen wurde. Mit aller Entschiedenheit muß sie verhindern, daß diese nun auch noch den Rest jeden Staatsbürgerrechts einbüßen. Im Reichstage muß die sozialdemokratische Fraktion zu jedem parlamentarisch zulässigen Mittel der Abwehr greifen, um die Durchführung dieses infam reaktionären Gesetzesentwurfs zu verhindern.

Scharfe Differenzen innerhalb der unabhängigen Partei.

Innerhalb der Unabhängigen haben sich recht scharfe Differenzen entwickelt, deren Austrag man mit berechtigtem Interesse verfolgen kann. Ein Teil der Unabhängigen — und besonders der unabhängigen Presse — sind fanatische, aber nur selten mit sozialistischem Wissen ausgestattete Anhänger der bolschewistischen Methoden. Und dieser Teil der Unabhängigen ist auch bereit, selbst um den Preis der totalen und bewußten Zerschlagung Deutschlands, dem Bolschewismus auch bei uns zur Durchführung zu verhelfen. Die Unabhängigen dieses Schlages zeichnen sich besonders durch einen rüden Wortradikalismus und häßliche Unbuddsamkeit aus, die ja beide immer mit der Unkenntnis und einem Mangel an ruhiger und sicherer politischer Arbeit verbunden sind. Diejenigen Unabhängigen dagegen, die vom Sozialismus etwas verstehen, und auch früher in der noch einigen Sozialdemokratie etwas geleistet haben, lassen sich natürlich den Blick für die realen Tatsachen durch den systematisch von der unabhängigen Presse gesähten Haß nicht ganz rauben. Dazu gehören vor allem Karl Kaustka, Hilferding und Ströbel; während eine Anzahl namhafter bisheriger Unabhängiger der Partei den Rücken gekehrt haben, weil sie sich von dem unabhängigen Krakeel- und Heßbetrieb angeekelt fühlten. Diese Männer sehen auch, daß die Fortsetzung der Politik, die programmatisch auf dem unabhängigen Leipziger Parteitag beschlossen worden ist, der Partei selbst wie schließlich den deutschen Arbeitern zum Verderben gereichen muß. Sie lehnen die Übertragung der selbst in Rußland dem Bankrott entgegen eilenden bolschewistischen Methoden für Deutschland ab. Der größte Teil der unabhängigen Presse geht deshalb seit Monaten gegen

Klassenkampf oder Klassenversöhnung.

Wohl bei allen politischen Parteien hat der warmherzige Mahnruf des Reichstanzlers Fehrenbach zum inneren Frieden einen Widerhall gefunden, den er 24 Stunden vor der Abfahrt der deutschen Regierungsmitglieder nach Spa an die Volkstretter richtete. In der Tat kennt die ganze deutsche Geschichte kaum einen Zeitpunkt, in dem innerer Friede und innere Geschlossenheit dem Volke dringender not getan haben als heute. Diese weit verbreitete Erkenntnis macht es leicht verständlich, daß das bürgerliche Schlagwort von der notwendigen Klassenversöhnung eine so große Rolle spielen konnte, und es kann wirklich den Anschein haben, als ob die Klassenversöhnung, wie die bürgerlichen Parteien sie aufzufassen, ein mögliches und allgemeines erstrebenswertes Ziel sein müßte.

Wenn der Sozialdemokratie neuerdings zum Vorwurf gemacht wird, daß sie noch immer am Klassenkampfe festhalte, und demgegenüber das Ideal der Klassenversöhnung propagiert wird, so muß dieser offenbar Begriffsverwirrung Einhalt geboten werden. Die bürgerliche Presse zeigt eine geradezu unerhörte Verständnislosigkeit für die sozialistische Ideenwelt und ihre historische Begründung und treibt speziell mit dem Begriff des Klassenkampfes Mißbrauch. Immer und immer wieder ist von führender sozialistischer Seite aus darauf hingewiesen worden, daß der Klassenkampf keineswegs gleichbedeutend mit Klassenhaß ist. Deshalb sind Klassenkampf und Klassenversöhnung auch durchaus keine Gegensätze, sondern verhalten sich zu einander etwa wie Ursache und Wirkung, oder, nach treffender ausgedrückt, wie Mittel und Zweck. Der Klassenkampf soll der Sozialdemokratie als Mittel dienen, um die Beseitigung der Klassenunterschiede, die gesellschaftliche Gleichberechtigung aller Volksgenossen herbeizuführen.

Die Klassenunterschiede sind das Produkt einer jahrtausendalten gesellschaftlichen Entwicklung und haben im letzten Jahrhundert im Zeitalter des Hochkapitalismus eine Verschärfung erfahren, die notwendig zu Konflikten führen mußte. Diese Voraussetzungen hat dazu geführt, der proletarischen Bewegung, die aus den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts entstanden ist, den Klassenkampf als besonders wirksame Waffe in die Hand zu drücken. Das Prole-

tarat darf diese Waffe nicht eher aus der Hand legen, und zerbrechen, als bis durch die endgültige, dauernde Beseitigung aller Klassenunterschiede die wirkliche soziale Gleichberechtigung für das ganze Volk reiflos erkämpft worden ist.

Nun wird freilich von der bürgerlichen Presse mit Vorliebe darauf hingewiesen, daß seit der Novemberrevolution ja die Gleichberechtigung aller deutschen Staatsbürger durchgeführt und in der neuen Reichsverfassung auch ausdrücklich festgelegt sei. Formalpolitisch trifft das natürlich zu. Aber die Schlussfolgerung, daß damit auch der Klassenkampf überflüssig geworden sei und nur noch zur Befriedigung parteiegoistischer Interessen dienen könne, greift fehl. Das Produkt langjähriger und tief einschneidender gesellschaftlicher Entwicklungen läßt sich nicht über Nacht durch Errichtung der politischen Gleichberechtigung, durch Gesetzesbestimmungen und Programmklärungen beseitigen.

Auf Schritt und Tritt stoßen wir auch noch immer auf die Vorurteile der sogenannten „besseren“ Kreise und „gebildeten“ Stände gegenüber der werktätigen Bevölkerung. Geradezu abstoßend berühren oft die gefäßigen Angriffe bürgerlicher Presseorgane gegen Angehörige der Arbeiterschaft, die auf Grund ihrer persönlichen Tüchtigkeit in Regierungsstellen oder Verwaltungsposten berufen werden. Selbst die Kirche, die vom Christentum Jesu heute nicht viel mehr als den Namen hat, dient vielfach einer Vertiefung anstatt einem Ausgleich der Klassenunterschiede.

Nicht gegen einzelne Gruppen von Personen, wohl aber zur Beseitigung sozialer Missstände und zur Reformierung der menschlichen Geseinnung muß deshalb der Klassenkampf weitergeführt werden, und er wird noch lange und harte Kämpfe zu bestehen haben. Der Begriff „Klassenversöhnung“ enthält deshalb überhaupt einen Widerspruch in sich selbst. Freilich mit leeren agitatorischen Gespen und Phrasen wird sich kein Klassenkampf führen lassen. Die Sozialdemokratie wird sich nicht in ihrem Bestreben beirren lassen, alle ihre Kräfte anzuspannen, um über den Klassenkampf hinaus zur Beseitigung der Klassegesellschaft und dadurch zu einer Versöhnung der menschlichen Gesellschaft zu gelangen.

Wehr gegenüber den Franzosen, und zwar infolge der Leichtfertigkeit der aufgestellten Behauptungen als ein ganz unbefangenes niederträchtiger Streich. Dies umso mehr, als das unabhängige Blatt wissen muß, daß keine Nachricht bei der unmittelbaren Nähe des besetzten Gebietes von den Franzosen sofort aufgegeben und zur entsprechenden Verwertung nach Paris weitergegeben wird.

Genossenschaftsbewegung.

Gute Erfolge.

In dem gewerkschaftlichen Fachorgan der Porzellanarbeiter, „Die Amsel“ (Nr. 23), finden wir Berichte aus Magdeburg und Nürnberg über Mitgliederversammlungen, die sich mit dem Versicherungswesen und der Volkshilfe befassen. In ersterer gelang es unserem Freund und Rechnungsführer Baer, eine große Zahl Aufnahmen nach seinem Vortrage zu erzielen und in letzterer konnte unser Nürnberger Freund Ringelhan mit seinen vortrefflichen Ausführungen, die er an Hand von Beispielen aus unserer Zeitung beweiskräftig gestaltete, den letzten Rest der Zöhlstenmitglieder in die Volkshilfe einzuwickeln, so daß nunmehr alle organisierten Porzellanarbeiter versichert sind. Bravo! Nun geht hin, ihr gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Berufe, und tut dergleichen.

Soziale Rundschau.

Gesellschaftliche Regelung der Familienversicherung.

Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hat loben an den Reichstag ein Gesetz betr. die Neuordnung der Familienhilfe gerichtet. Es soll ein Gesetz ausgearbeitet werden, das sämtlichen Krankenkassen die Pflicht auferlegt, diese Leistung zu gewähren, d. h. insbesondere die Kosten für ärztliche Behandlung und Arzneien zu übernehmen. In diesem Gesetz soll zugleich angeordnet werden, daß die Gemeinden (Kreise), die Gliedstaaten und das Reich den Krankenkassen zur Durchführung der Familienhilfe angemessene Zuschüsse gewähren. Sollte es sich nicht erreichen lassen, daß durch ein Reichsgesetz die Familienversicherung zur Pflichtleistung gehalten wird, so bittet die genannte Gesellschaft den Reichstag, eine Bestimmung zu schaffen, wonach jeder Gliedstaat befugt sein soll, in seinem Bereich gesetzlich anzuordnen, daß alle Krankenkassen Familienhilfe gewähren müssen und zur Durchführung dieser Vorschrift Zuschüsse vom Staat und den Gemeinden (Kreisen) erhalten. Gleichzeitig wurde an den Badischen Landtag das Gesetz gerichtet, daß, sobald die gekennzeichnete Bestimmung aufgrund eines Reichsgesetzes vorliegt, ein Gesetz geschaffen wird, nach welchem alle badischen Krankenkassen Familienhilfe gewähren müssen und zur Durchführung Staatszuschüsse erhalten sollen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist in der Berichtswache vom 16. bis 22. Juli d. J. unverändert geblieben. Die Zahl der Erwerbslosen hat weiter zugenommen und beträgt heute 4267; die der darin enthaltenen weiblichen Arbeitslosen ist ebenfalls um etwa 40 Personen gestiegen. Betriebs-einschränkungen, besonders in der Möbelindustrie, mußten wieder mehrere vorgenommen werden. In der Wäpauindustrie ist die Lage noch die gleiche.

Von den in großem Maß vorgenommenen Betriebs-einschränkungen wurden etwa 1760 männliche und weibliche Arbeitskräfte betroffen, die alle mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten müssen. In der Wäpauindustrie des Bezirks Forstheim können etwa 8000 Männer und 5000 Frauen nur 2-5 Tage in der Woche beschäftigt werden. Vorübergehend mußte die Möbelfabrik Treßgauer in Rastatt mit 250 Männern ihren Betrieb schließen; die Arbeiter konnten jedoch gleich wieder bei Kostfahndarbeiten Verwendung finden. Für Erwerbslosenunterstützungen wurden in der Berichtswache 216 887 M., gegenüber 217 972 M. in der Vorwoche ausgegeben. Mit Kostfahndarbeiten waren in derselben Woche 3 122 Erwerbslose beschäftigt.

Aus der Partei.

Die Mannheimer Genossen und ihr Parteiorgan.

In einer stark besuchten Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Mannheim wurde auch über die Presse debattiert. Wir lesen in dem Versammlungsbericht: Zum zweiten Punkt, Bericht über die Neuwahl der Pressekommission, gibt in Vertretung des Genossen Maxat Genosse Kramer den Bericht. Ueber die taktische Haltung lagen keine

Beschwerden vor. Infolge der fortgesetzten Preissteigerungen mußte die Preiskommission verschiedentlich mit der Geschäftsleitung die Abwermensherabsetzungen prüfen.

Alle Redner, die zu diesem Punkte das Wort ergreifen, brühten ihre Verteidigung über die geleistete Arbeit der Gesamtabteilung aus. Das Interesse für unser Parteiblatt kam in den Anträgen über die weitere Umgestaltung zum Ausdruck. Von den verschiedensten Seiten wurde der Ausbau des Dankebestells gewünscht, während wieder andere Genossen besondere Vorschläge für die Kranken wünschten. Sobald die allgemeine Lage und besonders die leidige Papierfrage in ein Stadium getreten ist die solche Wünsche realisierbar machen, soll diesen Fragen nähergetreten werden. — Auch eine Augenabteilung, ähnlich wie im „Samb. Echo“, will ein Genosse eingeführt wissen. — Ein Redner tritt für Aufnahme der kirchlichen Gottesdienste ein. Worauf erwidert wurde, daß gegen deren Aufnahme im Interatentell jedenfalls keine Einwendungen zu machen seien. Im übrigen wurde der Grundsatz: Religion ist Privatangelegenheit, in den Vordergrund gerückt.

Seitens der Redaktion wurde für die anerkenntenden Worte der Genossen gedankt und die Versicherung abgegeben, daß auch weiterhin alles geschehen werde um unserm Parteiblatt die achtunggebendste Stellung zu erhalten, die es bereits innerhalb unserer Bewegung einnimmt und durch tatkräftiges Aufkommenarbeiten dem sozialistischen Gedanken Vertiefung zu verschaffen. Das gespendete Lob werde Ansporn sein, unsere Presse vorwärts und aufwärts zu bringen.

Forzheimer Freie Presse.

Seit letzten Samstag erscheint das bisherige Kopfbild unseres „Volkstreuend“, die „Freie Presse“ Forzheim, als selbständiges Blatt. Ein langgehegter Wunsch der Forzheimer Arbeiterschaft ist nun in Erfüllung gegangen. Schon in den Jahren vor dem Kriege hatten die Bemühungen und Bestrebungen der Forzheimer Genossen eingeleitet, ein eigenes Blatt herauszugeben. Es ist klar, daß auf die Dauer für ein so wichtig wirtschaftlich wie auch nach anderer Richtung anders gelagertes Gebiet, wie das Forzheimer es gegenüber jenem von Karlsruhe ist, ein Blatt, das außerhalb Forzheim hergestellt wurde, den Anforderungen der Leserschaft nicht genügen konnte. Dazu kamen noch die Schwierigkeiten der Herstellung — die Redaktion befand sich dauernd in Forzheim, der Satz und Druck wurde in Karlsruhe hergestellt, der Versand usw. — die in den Forzheimer Genossen den Wunsch nach einer eigenen Zeitung immer reger werden ließen. Schon vor dem Kriege, im Jahre 1914, wurde mit der Sammlung eines Druckergründungs-fonds begonnen, man hoffte durch Gründung einer Genossenschaft mit beschr. Haftung das notwendige Kapital zusammenzubringen. Allein der unselbige Krieg zertrümmerte jäh all die frohen Hoffnungen; die gesammelten Gelder wurden größtenteils an die Familien wieder zurückgezahlt, denn die Forzheimer Industrie wurde ja durch den Kriegsausbruch mit am härtesten getroffen. Arbeitslosigkeit und Einberufungen brachten viele Not in die Familien. Nur mit tatkräftiger Hilfe des „Volkstreuend“ gelang es dem Kopfbild, über den Krieg „durchzuhalten“.

Die Revolution entfachte den Lebensmut der „Freien Presse“ aufs neue. Die Zahl der Abonnenten wuchs in immer erfreulicherer Weise, die Voraussetzungen für die Selbständigmachung waren damit gegeben. Auf's neue gingen die Genossen an die Arbeit und in kurzer Zeit war das Kapital beisammen, mit dem die Druckergründung der Firma „Forzheimer Verlagsdruckerei Freie Presse G. m. b. H.“ vorgenommen werden konnte. Am letzten Samstag erschien die Nr. 169 der „Freien Presse“ als erste Nummer in neuem Gewande, gedruckt auf der eigenen Rotationsmaschine, unter eigener verantwortlicher Leitung der Gen. Redakteur Alwin Reichmann, bisher in Kassel, und Redakteur Fr. Schübeler, bisherigem Leiter und Geschäftsführer der „Freien Presse“.

Die Forzheimer Genossen dürfen stolz sein auf das, was sie nun erreicht haben. Mit dem Stolz des Vaters, der seinen selbständigen Sohn in die Welt hinausziehen läßt, nehmen wir vor dem aus unserm Hause geschiedenen Blatte Abschied. Unsere besten Wünsche begleiten den neuen Mitstreiter, den sechsten nun in Baden, auf seinem ferneren Wege. Möge er die Genossen in Forzheim in neuen Kämpfen zu neuen Siegen führen!

mitläßlichen Gewaltpolitik. Rückhaltlos erkennen wir Sozialisten den Anspruch Frankreichs auf Kohlenhilfe an ungeachtet des Versailles Vertrags. Die Kohlennot in den andern Ländern muß gleichfalls kräftig gemildert werden. Wir leiden alle miteinander, darum soll man nun endlich das Schwert in die Scheide stecken und darin lassen, um so besser wird es gelingen, die produktiven Kräfte wirksam zu machen für die gegenseitige Hilfe im Völkerverbund.

Brennen von Getreide.

Sicheren Beobachtungen zufolge, hat neuerdings das Brennen von Getreide zu spirituellen Getränken einen erheblichen, die Ernährungswirtschaft beeinträchtigenden Umfang angenommen. Man ist diesen Mischgeschäften erst jetzt auf die Spur gekommen und hat sofort die nachdrücklichsten Maßregeln zur Unterdrückung dieses verbrecherischen Treibens getroffen. Gewerksmäßiger Getreidebrand wird bestrafungswürdig mit fünf Jahren Gefängnis, sehr hohen Geldstrafen und Ehrverlust geahndet.

Aufhebung eines großen Schwindelunternehmens.

Die „Völkische Zeitung“ berichtet über die Aufhebung der Aufbaugentrale in Berlin-Schöneberg durch den Staatskommissar für Wohlfahrtspflege, eines Zweigunternehmens eines Schwindelkongzerns, der vaterländische Opferwilligkeit mißbraucht und Millionen geklaut hat. Sein Rückgrat sei der sogenannte „Zweckverband Oberhiesien“, der mit Oberhiesien nichts zu tun habe, mit einem großen Büroapparat arbeitete und sogar eine neue Partei, die Aufbaupartei gegründet habe, die bei den Reichstagswahlen 16 000 Stimmen erhielt. Aus den beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß in etwa vier Monaten 1 200 000 M. an angeblich vaterländischen Zwecken gesammelt worden sind. Von diesem Betrag fanden sich nur noch 20 000 M. vor. Von der ganzen Million ist nicht ein einziger Pfennig für die Abtötung in Oberhiesien verwendet worden. Die Gelder fließen zum größten Teil in die Taschen der Geschäftsführer und der Akquisiteure, die Provisionen bis zu 40 Prozent bezogen. Wie das Blatt von zufälliger Stelle erfährt, ist der Zweckverband Oberhiesien nur eine der zahlreichen großangelegten Wohltätigkeitswunderselben nach dem Kriege. In Berlin allein lebten etwa 200 Menschen von diesem Betrage. Es sei außerordentlich schwer, den Schiefern das Handwerk zu legen, da sie außerordentlich geschickt vorgingen.

Badische Politik.

Ein Schurkenreich der Mannheimer „Tribüne“.

In einer Notiz, überschrieben: „Wo Herr Gessler die Waffen zu legen sollte“, behauptet die unabhängige „Tribüne“ in Mannheim in ihrer Nr. 167 vom 22. Juli, die Leute der in Mannheim liegenden Sicherheitswehr hätten kurz vor der in diesen Tagen erfolgten Revision ihre Waffenbestände durch eine Sonderkommission der Alliierten den Auftrag erhalten, nur einen kleinen Teil der vorhandenen Handwaffen in der Waffenmeisterei zu belassen, und den übrigen großen Bestand zu verpacken. Die vorhandenen Maschinengewehre und das Panzerantomobil seien für die Kontrollkommission ebenfalls nicht vorhanden gewesen. Man wolle auf diese Weise der Entente vortäuschen, daß der fehlende große Teil der Waffen sich im Besitz der Arbeiterschaft befinde. Wer beginne mit der Sabotierung des Abkommens von Spa?

In dieser ganzen Geschichte ist, wie uns von zufälliger Seite mitgeteilt wird, nicht ein wahres Wort. Zunächst habe überhaupt keine Revision der Waffenbestände der Sicherheitswehr durch die Franzosen stattgefunden. Zum „Verstecken“ von Waffen sei deshalb nicht der mindeste Grund vorhanden gewesen, und das Panzerantomobil, von dem die „Tribüne“ spricht, sei überhaupt erst vor wenigen Tagen hierhergekommen, es sei eines der ganz großen und schweren und könne also unmöglich von irgend Jemandem „versteckt“ werden.

Die Aktion der „Tribüne“ charakterisiert sich also als eine neue gemeine Denunziation der deutschen

„Ich habe den Bengel konfisziert.“ „Ah, das ist nicht schlecht!“ sagte da der liebe Gott. Jetzt konfisziert mir der gar schon meine Engel.“

„Mitte, vergehen Sie, die Konfiskation war vollkommen berechtigt, denn es liegt doch zweifellos ein Vergehen gegen die öffentliche Sittlichkeit in idealer Konkurrenz mit einem öffentlichen Vergernis vor.“

„Wo ist denn der Engel?“ warf Petrus besorgt ein.

„Ich hab ihn in die Sternkammer gesperrt,“ erwiderte der Staatsanwalt.

Der liebe Gott befahl, daß der Engel herbeigebracht werde, und wendete sich dann an Kniepfe, indem er ihm auseinandersetzte, daß im Himmel andere Gesetze gelten als auf Erden und daß mithin hier manches erlaubt sei, was auf Erden verboten wäre. Der liebe Gott mußte seine ganze Weisheit aufwenden, um Kniepfe zu überzeugen, der noch immer in der Sache an das Oberlandesgericht gehen wollte. Schließlich gelang es der Güte des lieben Gottes aber doch mit Hilfe eines allidialen Einfallis, den Staatsanwalt Kniepfe für sich zu gewinnen. Er übertrug ihm nämlich das Studium des Falles „Adam und Eva“ beufuß Abfassung der Anklageschrift für das jüngste Gericht. Hochbefriedigt über diese wichtige Aufgabe, dankte der Staatsanwalt dem lieben Gott und zog sich dann sofort, an die neue Arbeit gehend zurück, nicht ohne vorher doch noch dem linken Engel vom Throne Gottes, den man inzwischen herbeigebracht hatte, einen strengen, warnenden Blick zuzuwenden, da er noch immer nackt war.

Zu Petrus aber sagte der liebe Gott abends vorm Schlafengehen: „Weißt, Petrus, einen Staatsanwalt darfst mir nicht mehr in den Himmel hereinlassen. Man hat mit den Reuten nur lauter Scherereien.“

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)
 Von der Neuen Zeit ist soeben das 17. Heft vom 2. Band des 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Spa. Von Erwin Barth. — Die wirtschaftliche Entwicklung Japans in neuester Zeit. Von Erich Bagel. — Kreuzentum und Sozialismus. Eine Auseinandersetzung mit Oswald Spengler. Von Dr. R. Hoppe. — Die Erwerbslosenfürsorge. Von Heinrich Grodel. — Literarische Rundschau: Katz oder Bakunin? — Demokratie oder Diktatur? Von Heinrich Tunnov. Georg v. Below, Soziologie als Rechtsfach. Von Franz Laufhütter. Mara Viebig Das rote Meer. Von Al. — Notizen: Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland.
 Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 18 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 M. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Seite 2
 kanischen Ver...
 Woben dieser...
 ung auf dem...
 is gerüstet...
 er einer Rin...
 r Rechtsst...
 demokratische...
 An einer sol...
 ien.
 gte sich im...
 dabei zu ein...
 durch die...
 Mitteleuropa...
 sind, stürzten...
 alle ihre...
 ns haben. Im...
 mit Ausland...
 muß Zeichen...
 onaten über...
 einen Teil...
 bogegen ein...
 den Deutschen...
 Frieden in...
 Polen geben...
 rochen haben...
 has herzu...
 keine deutsche...
 Ber...
 lebend...
 In seiner...
 Jahre 1919...
 and es nür...
 schiefen w...
 us, als ob...
 hand reiten...
 H...
 aller Ru...
 :...
 gang unfer...
 bringen...
 len auch die...
 vertieren...
 che Polen in...
 Wenn die...
 läßt, so darf...
 offen und die...
 schland und...
 eren Grund...
 sel.
 die Kohlen...
 international
 nicht — die...
 Bestimmungen...
 zu ver...
 Geimat vor...
 wahren und...
 chrieben, um...
 zu lassen...
 re technische...
 gefähliche...
 teits in Spa...
 sich uns trotz...
 ten Kohlen...
 überwindliche...
 marschiert...
 ein, dann...
 on gegen die...
 usgenommen...
 ere als eine...
 teil mir be...
 d, Holland...
 der Kohlen...
 ebietis durch...
 onalen Koh...
 h vor dieser...
 Sie wer...
 bejetes löse...
 liehe Gott...
 in Weisheit...
 ründte, die...
 hier...
 e Einlauf...
 laublich...
 das Präsi...
 Gottes die...
 im Sinter...
 mageren...
 eben Gob...
 mich vor...
 om Amts...
 eine Ein...
 ngernde...
 um? ...
 hebe Gott...
 ich dann...
 ren beim...
 eine ver...
 Zustände...
 hier die...
 euten her...
 eute nach...
 entwickel...
 n Damen...
 ohn kom...
 cher unfer...
 Blide auf...
 Engel...
 etan?“

Seite 2
 Montag, den 26. Juli 1920.
 Klassenkampf oder Klassenversöhnung.
 Wohl bei allen politischen Parteien hat der warmherzige Mahnruf des Reichstanzlers Fehrenbach zum inneren Frieden einen Widerhall gefunden, den er 24 Stunden vor der Abfahrt der deutschen Regierungsmitglieder nach Spa an die Volkstretter richtete. In der Tat kennt die ganze deutsche Geschichte kaum einen Zeitpunkt, in dem innerer Friede und innere Geschlossenheit dem Volke dringender not getan haben als heute. Diese weit verbreitete Erkenntnis macht es leicht verständlich, daß das bürgerliche Schlagwort von der notwendigen Klassenversöhnung eine so große Rolle spielen konnte, und es kann wirklich den Anschein haben, als ob die Klassenversöhnung, wie die bürgerlichen Parteien sie aufzufassen, ein mögliches und allgemeines erstrebenswertes Ziel sein müßte.
 Wenn der Sozialdemokratie neuerdings zum Vorwurf gemacht wird, daß sie noch immer am Klassenkampfe festhalte, und demgegenüber das Ideal der Klassenversöhnung propagiert wird, so muß dieser offenbar Begriffsverwirrung Einhalt geboten werden. Die bürgerliche Presse zeigt eine geradezu unerhörte Verständnislosigkeit für die sozialistische Ideenwelt und ihre historische Begründung und treibt speziell mit dem Begriff des Klassenkampfes Mißbrauch. Immer und immer wieder ist von führender sozialistischer Seite aus darauf hingewiesen worden, daß der Klassenkampf keineswegs gleichbedeutend mit Klassenhaß ist. Deshalb sind Klassenkampf und Klassenversöhnung auch durchaus keine Gegensätze, sondern verhalten sich zu einander etwa wie Ursache und Wirkung, oder, nach treffender ausgedrückt, wie Mittel und Zweck. Der Klassenkampf soll der Sozialdemokratie als Mittel dienen, um die Beseitigung der Klassenunterschiede, die gesellschaftliche Gleichberechtigung aller Volksgenossen herbeizuführen.
 Die Klassenunterschiede sind das Produkt einer jahrtausendalten gesellschaftlichen Entwicklung und haben im letzten Jahrhundert im Zeitalter des Hochkapitalismus eine Verschärfung erfahren, die notwendig zu Konflikten führen mußte. Diese Voraussetzungen hat dazu geführt, der proletarischen Bewegung, die aus den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts entstanden ist, den Klassenkampf als besonders wirksame Waffe in die Hand zu drücken. Das Prole-
 tarat darf diese Waffe nicht eher aus der Hand legen, und zerbrechen, als bis durch die endgültige, dauernde Beseitigung aller Klassenunterschiede die wirkliche soziale Gleichberechtigung für das ganze Volk reiflos erkämpft worden ist.
 Nun wird freilich von der bürgerlichen Presse mit Vorliebe darauf hingewiesen, daß seit der Novemberrevolution ja die Gleichberechtigung aller deutschen Staatsbürger durchgeführt und in der neuen Reichsverfassung auch ausdrücklich festgelegt sei. Formalpolitisch trifft das natürlich zu. Aber die Schlussfolgerung, daß damit auch der Klassenkampf überflüssig geworden sei und nur noch zur Befriedigung parteiegoistischer Interessen dienen könne, greift fehl. Das Produkt langjähriger und tief einschneidender gesellschaftlicher Entwicklungen läßt sich nicht über Nacht durch Errichtung der politischen Gleichberechtigung, durch Gesetzesbestimmungen und Programmklärungen beseitigen.
 Auf Schritt und Tritt stoßen wir auch noch immer auf die Vorurteile der sogenannten „besseren“ Kreise und „gebildeten“ Stände gegenüber der werktätigen Bevölkerung. Geradezu abstoßend berühren oft die gefäßigen Angriffe bürgerlicher Presseorgane gegen Angehörige der Arbeiterschaft, die auf Grund ihrer persönlichen Tüchtigkeit in Regierungsstellen oder Verwaltungsposten berufen werden. Selbst die Kirche, die vom Christentum Jesu heute nicht viel mehr als den Namen hat, dient vielfach einer Vertiefung anstatt einem Ausgleich der Klassenunterschiede.
 Nicht gegen einzelne Gruppen von Personen, wohl aber zur Beseitigung sozialer Missstände und zur Reformierung der menschlichen Geseinnung muß deshalb der Klassenkampf weitergeführt werden, und er wird noch lange und harte Kämpfe zu bestehen haben. Der Begriff „Klassenversöhnung“ enthält deshalb überhaupt einen Widerspruch in sich selbst. Freilich mit leeren agitatorischen Gespen und Phrasen wird sich kein Klassenkampf führen lassen. Die Sozialdemokratie wird sich nicht in ihrem Bestreben beirren lassen, alle ihre Kräfte anzuspannen, um über den Klassenkampf hinaus zur Beseitigung der Klassegesellschaft und dadurch zu einer Versöhnung der menschlichen Gesellschaft zu gelangen.
 Mehr gegenüber den Franzosen, und zwar infolge der Leichtfertigkeit der aufgestellten Behauptungen als ein ganz unbefangenes niederträchtiger Streich. Dies umso mehr, als das unabhängige Blatt wissen muß, daß keine Nachricht bei der unmittelbaren Nähe des besetzten Gebietes von den Franzosen sofort aufgegeben und zur entsprechenden Verwertung nach Paris weitergegeben wird.
 Genossenschaftsbewegung.
 Gute Erfolge.
 In dem gewerkschaftlichen Fachorgan der Porzellanarbeiter, „Die Amsel“ (Nr. 23), finden wir Berichte aus Magdeburg und Nürnberg über Mitgliederversammlungen, die sich mit dem Versicherungswesen und der Volkshilfe befassen. In ersterer gelang es unserem Freund und Rechnungsführer Baer, eine große Zahl Aufnahmen nach seinem Vortrage zu erzielen und in letzterer konnte unser Nürnberger Freund Ringelhan mit seinen vortrefflichen Ausführungen, die er an Hand von Beispielen aus unserer Zeitung beweiskräftig gestaltete, den letzten Rest der Zöhlstenmitglieder in die Volkshilfe einzuwickeln, so daß nunmehr alle organisierten Porzellanarbeiter versichert sind. Bravo! Nun geht hin, ihr gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Berufe, und tut dergleichen.
 Soziale Rundschau.
 Gesellschaftliche Regelung der Familienversicherung.
 Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hat loben an den Reichstag ein Gesetz betr. die Neuordnung der Familienhilfe gerichtet. Es soll ein Gesetz ausgearbeitet werden, das sämtlichen Krankenkassen die Pflicht auferlegt, diese Leistung zu gewähren, d. h. insbesondere die Kosten für ärztliche Behandlung und Arzneien zu übernehmen. In diesem Gesetz soll zugleich angeordnet werden, daß die Gemeinden (Kreise), die Gliedstaaten und das Reich den Krankenkassen zur Durchführung der Familienhilfe angemessene Zuschüsse gewähren. Sollte es sich nicht erreichen lassen, daß durch ein Reichsgesetz die Familienversicherung zur Pflichtleistung gehalten wird, so bittet die genannte Gesellschaft den Reichstag, eine Bestimmung zu schaffen, wonach jeder Gliedstaat befugt sein soll, in seinem Bereich gesetzlich anzuordnen, daß alle Krankenkassen Familienhilfe gewähren müssen und zur Durchführung dieser Vorschrift Zuschüsse vom Staat und den Gemeinden (Kreisen) erhalten. Gleichzeitig wurde an den Badischen Landtag das Gesetz gerichtet, daß, sobald die gekennzeichnete Bestimmung aufgrund eines Reichsgesetzes vorliegt, ein Gesetz geschaffen wird, nach welchem alle badischen Krankenkassen Familienhilfe gewähren müssen und zur Durchführung Staatszuschüsse erhalten sollen.
 Die Lage des Arbeitsmarktes.
 Die Lage des Arbeitsmarktes ist in der Berichtswache vom 16. bis 22. Juli d. J. unverändert geblieben. Die Zahl der Erwerbslosen hat weiter zugenommen und beträgt heute 4267; die der darin enthaltenen weiblichen Arbeitslosen ist ebenfalls um etwa 40 Personen gestiegen. Betriebs-einschränkungen, besonders in der Möbelindustrie, mußten wieder mehrere vorgenommen werden. In der Wäpauindustrie ist die Lage noch die gleiche.
 Von den in großem Maß vorgenommenen Betriebs-einschränkungen wurden etwa 1760 männliche und weibliche Arbeitskräfte betroffen, die alle mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten müssen. In der Wäpauindustrie des Bezirks Forstheim können etwa 8000 Männer und 5000 Frauen nur 2-5 Tage in der Woche beschäftigt werden. Vorübergehend mußte die Möbelfabrik Treßgauer in Rastatt mit 250 Männern ihren Betrieb schließen; die Arbeiter konnten jedoch gleich wieder bei Kostfahndarbeiten Verwendung finden. Für Erwerbslosenunterstützungen wurden in der Berichtswache 216 887 M., gegenüber 217 972 M. in der Vorwoche ausgegeben. Mit Kostfahndarbeiten waren in derselben Woche 3 122 Erwerbslose beschäftigt.
 Aus der Partei.
 Die Mannheimer Genossen und ihr Parteiorgan.
 In einer stark besuchten Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Mannheim wurde auch über die Presse debattiert. Wir lesen in dem Versammlungsbericht: Zum zweiten Punkt, Bericht über die Neuwahl der Pressekommission, gibt in Vertretung des Genossen Maxat Genosse Kramer den Bericht. Ueber die taktische Haltung lagen keine
 Beschwerden vor. Infolge der fortgesetzten Preissteigerungen mußte die Preiskommission verschiedentlich mit der Geschäftsleitung die Abwermensherabsetzungen prüfen.
 Alle Redner, die zu diesem Punkte das Wort ergreifen, brühten ihre Verteidigung über die geleistete Arbeit der Gesamtabteilung aus. Das Interesse für unser Parteiblatt kam in den Anträgen über die weitere Umgestaltung zum Ausdruck. Von den verschiedensten Seiten wurde der Ausbau des Dankebestells gewünscht, während wieder andere Genossen besondere Vorschläge für die Kranken wünschten. Sobald die allgemeine Lage und besonders die leidige Papierfrage in ein Stadium getreten ist die solche Wünsche realisierbar machen, soll diesen Fragen nähergetreten werden. — Auch eine Augenabteilung, ähnlich wie im „Samb. Echo“, will ein Genosse eingeführt wissen. — Ein Redner tritt für Aufnahme der kirchlichen Gottesdienste ein. Worauf erwidert wurde, daß gegen deren Aufnahme im Interatentell jedenfalls keine Einwendungen zu machen seien. Im übrigen wurde der Grundsatz: Religion ist Privatangelegenheit, in den Vordergrund gerückt.
 Seitens der Redaktion wurde für die anerkenntenden Worte der Genossen gedankt und die Versicherung abgegeben, daß auch weiterhin alles geschehen werde um unserm Parteiblatt die achtunggebendste Stellung zu erhalten, die es bereits innerhalb unserer Bewegung einnimmt und durch tatkräftiges Aufkommenarbeiten dem sozialistischen Gedanken Vertiefung zu verschaffen. Das gespendete Lob werde Ansporn sein, unsere Presse vorwärts und aufwärts zu bringen.
 Forzheimer Freie Presse.
 Seit letzten Samstag erscheint das bisherige Kopfbild unseres „Volkstreuend“, die „Freie Presse“ Forzheim, als selbständiges Blatt. Ein langgehegter Wunsch der Forzheimer Arbeiterschaft ist nun in Erfüllung gegangen. Schon in den Jahren vor dem Kriege hatten die Bemühungen und Bestrebungen der Forzheimer Genossen eingeleitet, ein eigenes Blatt herauszugeben. Es ist klar, daß auf die Dauer für ein so wichtig wirtschaftlich wie auch nach anderer Richtung anders gelagertes Gebiet, wie das Forzheimer es gegenüber jenem von Karlsruhe ist, ein Blatt, das außerhalb Forzheim hergestellt wurde, den Anforderungen der Leserschaft nicht genügen konnte. Dazu kamen noch die Schwierigkeiten der Herstellung — die Redaktion befand sich dauernd in Forzheim, der Satz und Druck wurde in Karlsruhe hergestellt, der Versand usw. — die in den Forzheimer Genossen den Wunsch nach einer eigenen Zeitung immer reger werden ließen. Schon vor dem Kriege, im Jahre 1914, wurde mit der Sammlung eines Druckergründungs-fonds begonnen, man hoffte durch Gründung einer Genossenschaft mit beschr. Haftung das notwendige Kapital zusammenzubringen. Allein der unselbige Krieg zertrümmerte jäh all die frohen Hoffnungen; die gesammelten Gelder wurden größtenteils an die Familien wieder zurückgezahlt, denn die Forzheimer Industrie wurde ja durch den Kriegsausbruch mit am härtesten getroffen. Arbeitslosigkeit und Einberufungen brachten viele Not in die Familien. Nur mit tatkräftiger Hilfe des „Volkstreuend“ gelang es dem Kopfbild, über den Krieg „durchzuhalten“.
 Die Revolution entfachte den Lebensmut der „Freien Presse“ aufs neue. Die Zahl der Abonnenten wuchs in immer erfreulicherer Weise, die Voraussetzungen für die Selbständigmachung waren damit gegeben. Auf's neue gingen die Genossen an die Arbeit und in kurzer Zeit war das Kapital beisammen, mit dem die Druckergründung der Firma „Forzheimer Verlagsdruckerei Freie Presse G. m. b. H.“ vorgenommen werden konnte. Am letzten Samstag erschien die Nr. 169 der „Freien Presse“ als erste Nummer in neuem Gewande, gedruckt auf der eigenen Rotationsmaschine, unter eigener verantwortlicher Leitung der Gen. Redakteur Alwin Reichmann, bisher in Kassel, und Redakteur Fr. Schübeler, bisherigem Leiter und Geschäftsführer der „Freien Presse“.
 Die Forzheimer Genossen dürfen stolz sein auf das, was sie nun erreicht haben. Mit dem Stolz des Vaters, der seinen selbständigen Sohn in die Welt hinausziehen läßt, nehmen wir vor dem aus unserm Hause geschiedenen Blatte Abschied. Unsere besten Wünsche begleiten den neuen Mitstreiter, den sechsten nun in Baden, auf seinem ferneren Wege. Möge er die Genossen in Forzheim in neuen Kämpfen zu neuen Siegen führen!

Bewerkschaftliches.

Hausangestelltenmangel an allen Orten.
Das „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht unter Arbeitertatistik, daß in allen Bundesstaaten die Hausangestellten äußerst knapp sind.
Der Zentralverband der Hausangestellten bemerkt dazu:
Diese Notlage würden in dem Augenblick verstummen, wenn man diesen Beruf einmal den Verhältnissen entsprechend entlohnen, und zum anderen die Hausangestellten den übrigen Arbeiterinnen gleichstellen würde; d. h. Arbeitszeit und Freizeit so einteilen, daß sich die Hausangestellten als Menschen fühlen. In den Kreisen der Arbeitgeberinnen (der Hausfrauen) weigert man sich, Tarife abzuschließen; man weigert sich ferner, eine begrenzte Arbeitszeit einzuführen.
Man will der Hausangestellten nicht die freie Verfügung über die Zeit nach 8 Uhr abends gestatten. Auch sie wollen, daß man ihnen Zeit gibt, Schulen zu besuchen, um ihr Wissen in Berufs- sowie allgemeinen Fragen zu vertiefen. Wenn man bei den Arbeitgeberinnen überall das nötige Verständnis dafür hätte, dann würden mit einem Schlage all diese Klagen verschwinden und man hörte nichts mehr von Mangel an Kräften im Hausangestelltenberuf.
Hier mit einzugreifen wird Aufgabe der Arbeitsämter sein, die, wenn sie genügend Kräfte vermitteln wollen, Mindestlöhne festsetzen müssen, damit auch die weiblichen Arbeitslosen anderer Berufe geschützt und diese nicht als Lohnrücker eingeschoben werden. Der beste Schutz wird stets aber darin bestehen, wenn alles, was zum Hausangestelltenberuf zählt, sich als Mitglied des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands anschließt.

Jugend und Sport.

Jugendherbergen.
Der Zweigausschuß Baden für Deutsche Jugendherbergen teilt mit, daß in diesem Sommer die folgenden Jugendherbergen benutzt werden können:

1. Vorseminar Gengenbach; 2. Vorseminar Laß; 3. Lehrerseminar Neersburg; 4. Vorseminar Billingen (die beiden letzteren nur vom 1. August bis 11. September geöffnet); 5. Ferienheim des evangelischen Jugendbundes Freiburg, Falkau (bei Titisee) i. Schw.; 6. Wanderheim der Freiburger Turnerschaft, Jägerheim Rinken am Feldberg. Das Kobfeld beträgt im allgemeinen 50 % für Schüler und 1 % für Schulentlassene. Vorherige Anmeldung unter Benützung von Doppellisten. Vorweis von der Schule oder einem Verbandsmitglied erforderlich. Jede weitere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Zweigausschusses, Freiburg i. Br., Bleichstraße 20, die auch die Doppellisten zur Verfügung stellt.

Fahnenweihe der Freien Turnerschaft Breiten.
Die Freie Turnerschaft Breiten begeht am Sonntag ihr 11-jähriges Bestehen verbunden mit Fahnenweihe. Im Programm sind vorgesehen: Samstag, den 31. Juli 1920: Papstkreuz, Kampionreigen auf dem Marktplatz, Festbankett in der „Stadt Forzheim“. Sonntag, den 1. August 1920: Tagwache, Empfang der Vereine, Einzelwertungsturnen, Faustball-Wertungsspiele, Konzert, Festzug, Massenfreibungen, Festrede, Weihe der Fahne, Lieberworte, Ritzturnen, Turnspiele. Von abends 8 Uhr ab: Fest-Gala in der „Stadt Forzheim“ und im „Waldschen Hof“. Montag, den 2. August 1920: Von mittags 1/4 Uhr ab: Volksbelustigung auf dem Festplatz.
Das Programm ist nicht nur reichhaltig, sondern garantiert auch für Gediegenheit. Erforderlich ist aber, daß sich die arbeitende Bevölkerung in Masse zu der Festlichkeit einfindet.

Aus dem Lande.

Tobtmoss, 26. Juli. Der von dem Raubmörder Klink niedergeschlagene Landwirt Simon ist laut „Marler Tagbl.“ seinen schweren Verletzungen erlegen. Nach den bisherigen Ermittlungen soll Klink übrigens noch andere Straftaten auf dem Gewissen haben. Er wird mit einem Verbrechen in Heilbronn in Zusammenhang gebracht, von wo er mit einem größeren Betrag zurückkehrte und außerdem wird er mit dem im Sommer vorigen Jahres an einem Grenzaußen in Weizweil verübten Mord in Verbindung gebracht.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruher Kunstausstellungen.
Dieser Tage begann im Kunsthause Sebald eine neue Ausstellung, in der hauptsächlich Graphik und Handzeichnungen vorherrschen. Da ist vor allem Käthe Kollnis, die Darstellerin der Rot und des Glens der unteren sozialen Schichten mit einer Reihe inhaltlich wie technisch ausgezeichnete Radierungen und Lithographien. Gleich beim Eintritt fällt uns das für ihre Art vielleicht typischste Blatt in die Augen, das Plakat für die Soziale Fürsorge Berlin: aus schwarzem Grund hebt sich der bleiche Kopf einer Mutter hervor, in den jähel Leid und Sorge uns tägliche Dasein eingegraben ist, als ein Mensch überhaupt zu tragen vermag. Ähnlich in der Wirkung auf uns sind die andern Arbeiten wie etwa „Bretter“, „In der „Bewaffnung im Gewölbe“ gibt sie uns das Zeugnis ihres Gestaltungsvermögens äußerst erregter Massen, während ihre drei Selbstbildnisse den Eindruck ihrer Art und ihres Könnens vervollständigen, in dem Maße, in dem es in einem solchen engen Rahmen überhaupt möglich ist.
Gänzlich anders geartet ist Gino v. Pinetti, den wir auch schon von gelegentlichen Beiträgen zur Münchner Jugend her kennen. Er ist vertreten durch seine ausgezeichnete Karikaturenfolge: „Der Friedensverein“ und einer Reihe radierter Pferbestudien, die seine flotte, in der Hauptsache auf Wiedergabe einer Bewegung ausgehende Art erkennen lassen. F. Jüttner, der uns hiesig in den „Luftigen Wäldern“ begegnet, zeigt uns Kleinbildlich-spielerisch gehende Karikaturen, während E. Stern einige in ihrer farbigen Freundlichkeit und ihrem feinen Humor ganz reizende Illustrationen ausstellt. — Gemälde enthält diese Ausstellung nur wenige, dafür aber qualitativ nur gute, wie vor allem die Landschaften von Eugen Segeholz, dann die Tierstudien von Hermann Sattler und die Landschaft von J. Koch. — Ganz vorzüglich sind auch die Skulpturen von Hermann Geibel. München. Man betrachte nur den weiblichen Torso oder den jungen spielerisch-jäppischen Löwen.
Das Kunstgewerbe ist, wie immer im Kunsthause Sebald, auch dieses Mal reich und — gut vertreten: hauptsächlich durch die Beleuchtungskörper aus eigener Werkstatt, Vasen, Stoffe und den handgetriebenen Silberzinn von Weidmann-Osana.

Tanzvorführungen von Odwig Eff.
„Mittliche Tänze“ fand ganz oben auf dem Programm die-er Sondervorführung im Künstlerhaus, mit der eine junge Künstlerin erstmals vor die Öffentlichkeit trat. Wir leben eben in den Zeiten des Expressionismus, und da kann sich ein Impresario (ansonsten nur mit einem „I“) schon eine solche Lieber-

Rechte Nachrichten.

Freistaat Thüringen.
Aus Weimar meldet das „Berliner Tageblatt“, daß nach vierstägigen Verhandlungen zwischen den Fraktionen nunmehr die Bildung einer Koalitionsregierung für Thüringen aus Mitgliedern der Reichsdemokraten und der Reichssozialisten bevorsteht. Der Landtag werde die Regierung am 27. Juli wählen.

Kreistagswahl im Saargebiet.
Saarbrücken, 24. Juli. Die Kreistagswahl brachte im Kreise Saarbrücken den bürgerlichen Parteien 19 und den sozialdemokratischen Parteien ebenfalls 19 Sitze ein. Es erhielten: Demokraten 1, Zentrum 10, Wirtsch. Vereinigung 2, Reichssozialisten 11, Unabhängige 8 Sitze. Die Wahlberechtigung auf bürgerlicher Seite war sehr schwach. — Im Kreise Ottweiler entfielen auf Zentrum 17, Demokraten 1, Deutsche Volkspartei 2, Reichssozialisten 8, Unabhängige 5 Sitze. — Im Kreise Saarlouis wurden gewählt: Liste Kauter 1, Zentrum 17 Sitze, Reichssozialisten 6, Deutsche Volkspartei 1, Unabhängige 5, Christl. Landpartei 1 und Parteienlos 1. — Im Kreise St. Wendel verteilten sich die Sitze wie folgt: Zentrum 12, Reichssozialisten 5, Land- und Bürgerpartei 2, besondere Liste der Einwohner von Alweiler 2. — In Homburg erhielten nach vorläufiger Schätzung Zentrum 10 Vereinte Mittelständler, Liberale und Demokraten je 1, Freie Bauernpartei 3, Reichssozialisten 5 und Unabhängige 1 Sitze.

Verhaftung Dortens.
W. Mainz, 26. Juli. Das „Echo de Rhin“ meldet, daß Dr. Dorten am Samstag nachmittag vor seiner Wohnung in Wiesbaden von drei mit Revolvern bewaffneten Verhafteten und im Automobil ins unbesetzte Deutschland übergeführt wurde. Die deutschen Behörden geben vor, daß sie von dieser Verhaftung nichts gewußt hätten, die auf Anordnung des Reichsgerichts in Leipzig durch Polizeileute aus Frankfurt a. M. wegen Vorkommnisse politischer Natur, die auf die Zeit des Waffenstillstandes zurückzuführen, vorgenommen worden sei.

Neue Feuerwachen.
W. Mainz, 26. Juli. Im Verlaufe von Rundgebeten wegen neuer Lebenshaltung wurden zahlreiche Kaufleute geplündert. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. 9 Polizisten und 11 Demonstranten wurden verletzt. 80 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die französischen Truppen mußten einschreiten, um die Ordnung wieder herzustellen und die Menge zu zerstreuen.
In Trier haben am Samstag schwere Plünderungen und Unruhen wegen der hohen Lebensmittelpreise stattgefunden. Französische Truppen mußten einschreiten. Im Polizeipräsidium fanden Verhandlungen über eine Senkung der Preise statt.

Kongress der 3. Internationale.
W. Paris, 24. Juli. Der Stockholmer Korrespondent des „Echo de Paris“ berichtet, daß 400 Delegierte aus den verschiedensten Ländern u. a. auch aus der Türkei, Korea, Kuba, Mexiko an dem zweiten Kongress der dritten Internationale teilgenommen haben. Nach Eröffnungsansprachen durch Lenin und Zimontoff legten die Teilnehmer auf den Grändern der Revolution Kränze nieder.

Große Unruhen in Belfast.
W. London, 24. Juli. Gestern abend kam es in Belfast neuerdings zu großen Unruhen. In einigen Stadtteilen stürmte die Menge eine katholische Kirche. Ein Militärbelagerung, das sich in der Nähe befand, gab mehrere Salven ab, nachdem die Menge wiederholt zum Auseinandergehen aufgefordert worden war. Man sah zahlreiche Personen hinfinken. Es wurden auch einige Fälle von Plünderungen gemeldet. Antionisten haben beschlossenen Patrouillen zu bilden und an der Wiederherstellung der Ordnung mitzuwirken.

Daluta-Bericht vom 24. Juli.
Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 1320 Gfr. Auszahlung Holland notierte etwa 15.90 M per holl. Gulden; Schweiz etwa 7.81 M per schw. Fr.; England etwa 167 M per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3.20 M per franz. Fr.; Rußland etwa 44.50 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 26. Juli 1920.

Vorausichtliche Witterung bis Dienstag, den 27. Juli nachts. Anfang noch heiter, dann erneute Trübung und später Regen; vorerst noch etwas wärmer.

Wasserstand des Rheines.
Schusterinsel 231, gest. 10; Rehl 221, gest. 6; Magau 433, gest. 7; Mannheim 400 Zentimeter.

Aus der Stadt.

Sozialdemokratischer Verein.
Karlsruhe, 26. Juli.
Mittwoch, 28. d. M. abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen Mitgliederversammlungen zur Wahl der Bezirksleitungen und zur Aussprache über sonstige wichtige Parteiangelegenheiten statt:
Südstadt: „Auerhahn“, Schützenstraße.
Altstadt: „Georg Friedrich“, Georg Friedrichstraße.
Weststadt: „Wirt. Hof“, Wändstr. und Gotestr.-Eck.
Südweststadt u. Mittelstadt: „Gold. Krone“ Amalienstr.
Grünwinkel und Mühlburg: „Hirsch“, Hardtstraße.
Darlau: „Karlsruher Hof“,
Mühlheim: „Schwanen“,
Mühlheim: „Häring Löwen“.

Ferien.
Welche Seligkeit für jedes Kinderherz birgt dieses Wort! Schon Wochen, ehe die herrliche Zeit beginnt, sprechen und träumen sie von der Ferienzeit. Ferien... Die Freiheit für alle, die sonst in den sonnigen Sommerferien die Schulbank drücken und lieber auf den Plätzen den ganzen Tag lang spielen... Wieviel Kinderträume bleiben aber unerfüllt. Mag es schon für die Kleinen schön sein, auf den freien Plätzen zu spielen, haben zu gehen, auf den Straßen oder nur in den Höfen und Treppen herumzutollen — es läßt ihnen aber viel besser, weit weg von allem Staub der Straßen, fern dem Lärm der Großstadt, der dumpfen Luft, der oft bis zum Ausheften ausgenühten Wohnung zu sein, dort, wo sich jetzt in reifender Pracht die Kornfelder dehnen, die Berge in den grenzenlosen blauen Himmel wachen und die schattigen Wälder leise aber betörend das schöne Lied des Sommers klingen.

Aber wieviel Großstadtkindern ist diese Freude gewährt? Ungehilft, die Luft und Sonne wie das liebe Brot brauchen, können nicht heraus. Der Arbeiter und seine Besatzung sieht keine Arbeit bloß und unterernährt und kann nicht helfen. Die Kinder selbst empfinden dieses Geschick vielleicht weniger schwer, weil sie niemals lernen gelernt haben, wie schön das Leben sein könnte, wenn... Ja, wenn... Die Reichen fahren auch dieses Jahr in die Kurorte. Sie brauchen nicht nach dem Geld zu fragen. Sie können sich auch heute das Leben lebenswert machen.
In Karlsruhe sind 50 Prozent aller Schulkinder tuberkulös infiziert. Das ist eine erschütternde Tatsache. Wieviele von diesen Behafteten armer kranker Kinder können aus der Stadt heraus? Wohl ist es durch die legendäre Einrichtung der Heuberg-Ferienkolonie vielen Kindern vergönnt, ihre Gesundheit durch frische Luft und würzige Luft zu fördern. Aber wie viele Tausende finden nirgends einen Unterschlupf und wissen nicht, wie köstlich es ist, durch den ruhigen geheimnisvollen Wald zu wandern, auf Bergen zu stehen und in das sanfte, blühende Tal zu schauen? Wieviele wissen, wie weislich Landrot schmeckt, mit guter frischer Butter bestrichen?
Die Mehrzahl unserer Arbeiter- und Beamtenkinder hat nur Ferien und dies allein begnügt sie schon. Wägen doch die Eltern dafür sorgen, daß diese Kinder wenigstens tagweise hinausgeführt werden ins freie zum fröhlichen Spiel und Treiben. Gelegenheit dazu bieten die Ferienpagiergänge der Kinderkommission von der Frauenaktion des sozialdem. Vereins, die am Mittwoch nächster Woche beginnen. Proletarier, schickt eure Kinder dazu, ihr und eure Kinder werden bedrückt davon sein, Frauen u. Männer, stellt euch dem edlen Werk tatkräftig zur Verfügung und helft mit, den teilnehmenden Kindern eine Freude zu bereiten, die bei ihnen ihr Leben lang in dankbarer Erinnerung bleiben wird.

Die „Sozialistische Republik“
macht den Versuch, die Auseinandersetzung zwischen uns und dem Betriebsrat der Hauptwerkstätte auszuwickeln. Die Mitteilungen über den unabhängigen Herrn Bauer sollen nicht wahr sein. Daß sie wahr sind, weiß man in der Hauptwerkstätte und man hat sich dort gewundert, daß wir die fragliche Notiz so stark gemeldet haben. Triumphierend weist die „S. R.“ darauf hin, daß die Erklärung des Betriebsrats vom Gen. Schärer-Ettingen unterschrieben ist. Die „S. R.“ scheint erstaunt zu sein, daß wir „nichtsdestoweniger“ „auftrumpfen“. Wir halten eben die Freiheit der Presse auch in den eigenen Angelegenheiten gegenüber aufrecht. Diesen Mut darf ein unabhängiger Zeitungsmann eben nicht besitzen oder wenigstens nicht öffentlich betätigen. Die „S. R.“ will uns gelegentlich diese Sache „unter die Nase reiben“. Wir bitten darum, das nicht zu tun, denn alles, was durch die Hände der Herren in der Kurzenstraße gegangen ist, reicht so über!

Sozialdem. Frauenaktion. Es sei heute schon darauf hingewiesen, daß am kommenden Donnerstag, 29. Juli, die Generalversammlung der Frauenaktion stattfindet, in welcher Genossin Landtagsabgeordnete Fischer einen Vortrag über: „Aufhebung der Zwangsarbeitspflicht und die Wahl der Preise“ halten wird. Außerdem finden die Genossinnen für zahlreiche Besuch Sorge tragen zu wollen.
Schlagerei. Edele der Kaiser- und Waldhornstraße erhielt in verflorner Nacht ein Chauffeur von hier von mehreren Unbekannten einen Schlag auf den Kopf und einen Messerstich in den Rücken, wodurch er so erheblich verletzt wurde, daß er nach Anlegung eines Notverbandes auf Polizeiwache Wendelslohplatz mittelst Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden mußte.
Unfall. In einer hiesigen Metzgerei stürzte gestern vor mittag bei der Kräftung einer Fleischmaschine ein Arbeiter aus, die sich in die Wurfmaschine, den Hof und die Wohnung ergoß. Der Monteur, welcher anscheinend eine Gasbergiffung erhielt, fand Aufnahme im hiesigen Krankenhaus. Genossige Personen kamen nicht zu Schaden.
Brandshaden. Am 24. Juli vormittags 1/2 Uhr gerieten die auf dem Wehplatz an der Durlacherallee gelagerten abge schlagenen „Huden“ auf bis jetzt noch unauflösbare Weise in Brand und brannten zum größten Teil nieder. Der Stadtgemeinde entstand hierdurch ein Schaden von mehreren Tausend Mark.

Wegen übermäßiger Preissteigerungen gelangten zur Anzeige: Ein Wärmehelme, der auf dem Wochenmarkt hier Kopffalci für 30, 35 und 40 Wfa. pro Kopf verkauft, obgleich der Höchstpreis für diese Gegenstände auf 15-25 Wfa. festgesetzt war, und ein Händler aus Weingheim, der sich für ein Fund Kartoffel in der Wehplatzstraße 15 Wfa. bezahlte ließ, obwohl der Höchstpreis 40 Wfa. pro Fund betrug.
Dr. R.

Bon...
Der Lande...
reich beu...
einer ein...
abba in...
seits aber...
in einer...
Wiesheral...
dem Wm...
Größtente...
allein auf...
ten, wie i...
jeder un...
Aufschri...
wurde auf...
insbesond...
dem Mini...
gkeiten, b...
um des l...
bisler.
Die in...
ganfistete...
lich bereit...
des Wirt...
des Berla...
Behandlun...
ratung, die...
Vandwirts...
wert, auf...
und Arbeit...
und gehan...
her a b e...
so müsse d...
abnehmen...
Winter sch...
St. Et...
Einkomme...
Innen aus...
wenn auch...
einem Lan...
Briege die...
sehen, sind...
für kurze...
Spannung...
Mittel bef...
datieren...
dampfen k...
schöne W...
werden. I...
es Frau u...
daran jed...
hofft sein...
Staat...
esse daran...
können die...
zeigete u...
belungssuch...
Luft...
allererfien...
weiseiten...
Voraussetz...
in der...
Stran...
für Karls...
solchen Ko...
corgefühlt...
Wilde zu...
richten...
anderwärts...
ständigt...
famili...
solche Ein...
Bestimmth...
betrieb dar...
Woche bis...
Minnen...
Anklimme...
mit seinen...
Einschränk...
nicht zu...
Einkaltung...
dings nicht...
halten je...
getragen...
Wfa, am...
Städt...
umentge...
Raf...
Die Sta...
Frottag...
mit Zulam...
das diesj...
im Oberw...
feld öffent...
Rafat...
Diejenige...
Weg von...
nen jolche...
und zwar...
am Mon...
am Dien...
Der Kop...
Zigaretten...
Kaufmann...
de. Ja, ni...
verfolgt...
Rafat...
Kon...

Preisabbau und Einzelhandel.

Von der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels wird uns geschrieben: In einer dieser Tage von der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels nach Karlsruhe...

Die in der Landeszentrale des badischen Einzelhandels organisierten Kaufleute erklären sich in dieser Hinsicht grundsätzlich bereit, zu ihrem Teil an dem Preisabbau zur Befriedigung...

Familienbäder.

St. Den wenigsten Personen von kleinen und mittleren Einkommen gestatten die schlechten Verhältnisse in der...

Staat und Gemeinde aber haben das denkbar größte Interesse daran, den Volksmassen die Gesundheit zu erhalten...

greift. Die Massen griffen hier bereits in ganz und gar unregelmäßiger Form, mit allen Auswüchsen einer solchen Sache, zur Selbsthilfe...

* Soz. Verein. — Bezirk Mühlburg. Morgen Dienstag abend 8 1/2 Uhr im Saalbau, Nachstraße, wichtige Ausschußsitzung...

* Fahrpreisermäßigung. Auf den deutschen Eisenbahnen tritt für die aufs Land und in das Ausland zu entfernenden hilfsbedürftigen Stadtkinder eine Fahrpreisermäßigung in Kraft...

Ein „Arbeiterfreundlicher“ Arbeitgeber. Zu der unter dieser Spitzmarke vor kurzem gebrachten Notiz schreibt uns Herr Wädemeyer...

Die aus dem Schreiben hervorgeht, scheint Herr Dauler unzufrieden zu sein. Aber besser wäre es schon gewesen, er hätte doch...

* Tagungen der Deutschen Mäthelbewegung. Der Deutsche Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke hält in der Woche vom 28.—31. Oktober in Karlsruhe seine Generalversammlung ab...

* Jubiläumfest der alt-katholischen Gemeinde. Man schreibt uns: Der 18. Juli 1920 der Tag, an welchem in Rom das vatikanische Konzil in seiner Schlußphase die Anfechtbarkeit...

* Der Verein wissenschaftlich gebildeter Bad. Finanzbeamten hielt kürzlich hier seine 31. ordentliche Mitgliederversammlung ab, die aus allen Teilen des Landes gut besucht war...

Im Bürgerverein der Oststadt sprach kürzlich Herr Dr. Engelbrecht in einer Rede über die Bedeutung der „Krankheitsversicherung“...

dem Kriege kommend, die Heimat überschwemmt haben. Für das Entstehen einer Epidemie sind in erster Linie die Fliegen verantwortlich zu machen...

Briefkasten der Redaktion.

Sch. A. Der Verkauf einer Ware darf keinesfalls vor der Abnahme einer anderen abhängig gemacht werden. Senden Sie sich sofort beschwerdeführend an das Landespreisamt...

Möhen. Eine Forderung auf Zurückgabe eines Darlehens verjährt nach 30 Jahren. W. Belschner, Südd. Das Arbeitersekretariat in Karlsruhe wird wegen Erledigung Ihrer Angelegenheit bei der zuständigen Stelle das Nötige veranlassen...

R. S. 1. Vierzehn der Tropenanzüge ist die Reichsleibschleife in Berlin. 2. Auch bei den Lehrlingen wird der 10prozentige Steuerabzug vom Lohn durchgeführt...

W. Guggenau. 1. Die gesetzliche Arbeitszeit in allen Betrieben, Büros usw. beträgt 8 Stunden. 2. Ein Zwang seitens des Arbeitgebers auf längere Arbeit wie 8 Stunden ist unzulässig...

Schriftleitung: Georg Söbflin. Verantwortlich: für Artikel, politische, literarische und sonstige Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands.) Am Mittwoch, 28. Juli, Besuch des Theaterstückes Wilhelm Tell in Ditzheim. Karten bei Kollege Wind, Jährerstraße Nr. 2 im Vorverkauf. Gemeindefachliche Abfahrt 1.45 Uhr Hauptbahnhof. 4555 Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Alfred Georg, B. Georg Siegler, Gärtner. Leopold Richard, B. Heinrich Aug. Sieber, Hausmeister. Helene, B. Wilhelm Silber, Eisenbahn-Assistent. Gustav Eisele, B. Eugen Sturm, Hauptlehrer. Herbert, B. Georg Grube, Kaufmann. August, B. Aug. Baur, Koffschaffner. Gustav und Gertrud, Zwillinge, B. Eug. Schmitt, Fuhrmann. Rudi Jakob Josef, B. Lud. Schmalz, Säger. Johannes Georg Heinrich, B. Ernst Seidemann, Bürogehilfe. Alfred und Arthur, Zwillinge, B. Christian Pfeiffer, Straßenwärter. Karl Friedrich, B. Karl Amolik, Straßenbahn-Schaffner. Lore, B. Otto Kuhn, Tagelöhner. Frieda Hermine, B. Hermann Schlemmer, Hilfsarbeiter. Todesfälle. Maria Siegler, Schülerin, ledig, alt 17 Jahre. Alwine Duda, alt 74 Jahre, Witwe von Theodor Duda, Prof. Wilhelm Schütgenbach, Fuhrmann, ledig, alt 63 Jahre. Mathilde Kamm, alt 84 Jahre, Witwe von Edmund Kamm, Landwirt. Präsident. Karl Heilig, Oberinspektor a. D. Chemann, alt 69 Jahre. Gust. Krauß, Stellwerkschloffer, Chemann, alt 76 J. Adolf Siebler, Hilfsarbeiter, Chemann, alt 61 Jahre. Susanna Stoder, alt 50 Jahre, Ehefrau von Postbetr.-Assistent Stoder. Nikolaus Weber, Herrschaftsdienner, Chemann, alt 80 Jahre.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Gertrud, B. Wilhelm Mayer, Fabrikarbeiter. Gertrud Lina, B. Johann Jakob Grangel, Schlosser. Wilfried, B. Oskar Alfred Profus, Jungschmied. Albert August B. Karl Heinrich Goldschmidt, Wagner. Verla Hilda, B. Johann Fr. Burt, Schmiedemeister. Gertrud Hildegard, B. Augustin Klein, Tagel. Genarm. Maria Wina, B. Friedrich Christian Meiber, Fabrikarbeiter. Elisea Elsi Emmi, B. August Wilhelm Wdo Heinrich Plehmann, Prediger. Adolf Ludwig, B. Otto Friedrich Heize, Schuhmann.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Wendhalsener Anzeigen.

Karten-Ausgabe am Dienstag, den 27. Juli 1920, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Buchstaben D bis einschließlich G. Bruchsal, den 28. Juli 1920. 2112 Kommunalverband Bruchsal-Stadt. Kartenausgabestelle.

Offenburger Anzeigen.

Lebensmittel-Versorgung für die Zeit vom 26. Juli bis 1. August 1920. Verkauf wird ab Dienstag: Gerstenmehl in Paketen Kopfmenge 50 Gramm 22 Pfg. gegen die Lebensmittelmarke 125, Maniokgries, Kopfmenge 100 Gramm 60 Pfg. gegen die Lebensmittelmarke 126, Gerstenmehl 250 Gramm 1.80 A gegen die Lebensmittelmarke 127, Süßholzwurzel, Kopfmenge 1 Käßchen 1.— A gegen die Lebensmittelmarke 128 in den Apotheken. ab Donnerstag: Margarine, Kopfmenge 250 Gramm 5.15 A gegen die Fettmarke J 35 in sämtlichen Fettverkaufsstellen. Anmerkung für die Handlungen, Margarine wird Mittwoch nachmittags 2—4 Uhr in der Städt. Milchzentrale abgegeben. Offenburg, den 26. Juli 1920. Städt. Lebensmittelamt.

Schlacken können im Städt. Friedrichsbad, Kaiserstr. 136 unentgeltlich jeder Zeit abgeholt werden.

Rastatter Anzeigen.

Obst-Versteigerung. Die Städtgemeinde Rastatt läßt am Freitag, den 30. Juli, nachmittags 2 Uhr, mit Zulassung der Rheinländer Kapelle mit diesjährige Ertragnis von den Obstbäumen im Oberwaldfeld, Rastatter Joh. und im Lohfeld öffentlich versteigern. 2121 Rastatt, den 24. Juli 1920. Das Bürgermeisteramt.

Jedem Kriegsteilnehmer, welche sich zum Bezug von Rauchwaren angemeldet haben, können solche in der Rauchhütte abholen lassen und zwar am Montag, 26. Juli d. J. die Nr. 1—252 am Dienstag, 27. Juli d. J. die Nr. 253—504 am Mittwoch, 28. Juli d. J. die Nr. 505 bis Schluß. Der Kopffuß beträgt 30 Zigaretten und 135 Zigaretten. Zigaretten kosten das Stück 25 Pfg., Zigaretten das Stück 12 Pfg. Rauchwaren, welche am Freitag, den 30. Juli d. J. nicht abgeholt sind, werden nicht mehr verabfolgt. Rastatt, den 28. Juli 1920. Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Table with 2 columns: Item and Price. Items include: Rindfleisch für alle Städte (10.-), Kalbfleisch (10.-), Schweinefleisch (18.-), Margarine (8.-), Getreide (1.80), etc.

Die Zentral-Preisprüfungskommission hat in der heute Abend stattgefundenen Sitzung die von der Lebensmittelkommission festgelegten Preise bestätigt und bestimmt, daß im Kommunalverbandbezirk Rastatt-Stadt bis nachgehenden 31. Juli bei der Abgabe der Waren an den Verbraucher für 1 Pfund ab 26. Pfg. nicht überschritten werden dürfen.

Die Ablieferung erfolgt an den Kommissionsrat Herrn Max Reier auf das Lager der Reichsgesetzwerke bei dem Genossenschaftsverband (früher Wertheimer u. Weil) hier. 2119 Rastatt, den 28. Juli 1920. Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Lebensmittel-Versorgung.

Landwirte, die bereits Brotgetreide bedröhen haben oder in den nächsten Tagen dreschen werden, werden zur umgehenden Ablieferung, soweit es nicht zu ihrer eigenen Versorgung bedürftig wird, aufgefordert. Die hohen Frühdrückpremiën, die bei fortwährender Ablieferung bezahlt werden, dürften für die Landwirte ein besonderer Anreiz sein. Die Ablieferung erfolgt an den Kommissionsrat Herrn Max Reier auf das Lager der Reichsgesetzwerke bei dem Genossenschaftsverband (früher Wertheimer u. Weil) hier. 2119 Rastatt, den 28. Juli 1920. Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Lebensmittel-Versorgung.

Landwirte, die bereits Brotgetreide bedröhen haben oder in den nächsten Tagen dreschen werden, werden zur umgehenden Ablieferung, soweit es nicht zu ihrer eigenen Versorgung bedürftig wird, aufgefordert. Die hohen Frühdrückpremiën, die bei fortwährender Ablieferung bezahlt werden, dürften für die Landwirte ein besonderer Anreiz sein. Die Ablieferung erfolgt an den Kommissionsrat Herrn Max Reier auf das Lager der Reichsgesetzwerke bei dem Genossenschaftsverband (früher Wertheimer u. Weil) hier. 2119 Rastatt, den 28. Juli 1920. Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Lebensmittel-Versorgung.

Landwirte, die bereits Brotgetreide bedröhen haben oder in den nächsten Tagen dreschen werden, werden zur umgehenden Ablieferung, soweit es nicht zu ihrer eigenen Versorgung bedürftig wird, aufgefordert. Die hohen Frühdrückpremiën, die bei fortwährender Ablieferung bezahlt werden, dürften für die Landwirte ein besonderer Anreiz sein. Die Ablieferung erfolgt an den Kommissionsrat Herrn Max Reier auf das Lager der Reichsgesetzwerke bei dem Genossenschaftsverband (früher Wertheimer u. Weil) hier. 2119 Rastatt, den 28. Juli 1920. Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Lebensmittel-Versorgung.

Landwirte, die bereits Brotgetreide bedröhen haben oder in den nächsten Tagen dreschen werden, werden zur umgehenden Ablieferung, soweit es nicht zu ihrer eigenen Versorgung bedürftig wird, aufgefordert. Die hohen Frühdrückpremiën, die bei fortwährender Ablieferung bezahlt werden, dürften für die Landwirte ein besonderer Anreiz sein. Die Ablieferung erfolgt an den Kommissionsrat Herrn Max Reier auf das Lager der Reichsgesetzwerke bei dem Genossenschaftsverband (früher Wertheimer u. Weil) hier. 2119 Rastatt, den 28. Juli 1920. Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Lebensmittel-Versorgung.

Landwirte, die bereits Brotgetreide bedröhen haben oder in den nächsten Tagen dreschen werden, werden zur umgehenden Ablieferung, soweit es nicht zu ihrer eigenen Versorgung bedürftig wird, aufgefordert. Die hohen Frühdrückpremiën, die bei fortwährender Ablieferung bezahlt werden, dürften für die Landwirte ein besonderer Anreiz sein. Die Ablieferung erfolgt an den Kommissionsrat Herrn Max Reier auf das Lager der Reichsgesetzwerke bei dem Genossenschaftsverband (früher Wertheimer u. Weil) hier. 2119 Rastatt, den 28. Juli 1920. Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Zahn-Praxis.

Ich habe mich hier als Dentistin niedergelassen. Uebs ab 15. April 1920 meine Tätigkeit vorläufig im Hause Kaiserstrasse Nr. 99, 2 Stock, aus. Sprechstunden: vormittags 9—1 Uhr nachmittags 3—6 Uhr. Sonntags nur bei Voranmeldung vormittags 11—12 Uhr. Bin zur allg. Ortskrankenkasse zugelassen. Bruchsal, im April 1920. Rosa Isenmann, Dentistin. Telephon Nr. 845.

Karlsruhe.
Veranstaltung der Vereinigung
ernster Bibelforscher.

Wer über die wahre Bedeutung der gegenwärtigen und kommenden Zeitereignisse zuverlässig unterrichtet sein will, höre den öffentlichen

Aufklärungs-Vortrag

Das Ende naht!
Was folgt?

Mittwoch, den 28. Juli 1920, abends 8 Uhr, im
„Eintrachtssaal“

Redner: E. Wegel, Dresden.

Aus dem Inhalt: Gottes Wort unerschütterlich, jedoch nicht unverändert, sondern Gottes Stellungnahme zur gegenwärtigen Weltlage und kommenden Weltkatastrophe. Ungerechtigkeit und Gewalttätigkeit nicht ewig zulässig. Der Krieg im Lichte der Bibel.

Die kommende Regierung

als einzige Hilfe, gerecht, machtvoll, lieblich gegen alle, ein Segen der ganzen Erde, keine Utopie, sondern göttlich gesichert. Die neue Zeit bringt große Segnungen. Jedem Menschen volle Lebensrechte. Selbstkenntnis eine Notwendigkeit für jeden. Wie entstand das Leben? Was ist der Tod? Gibt es ein Weiterleben nach dem Tode oder ein Wiederleben in der Auferstehung? Uffalte Gefahren. Ist die Vermehrung des Menschengeschlechtes und die Herrschaft des Todes zeitlich begrenzt? Wenn ja, wann hören beide auf? Sind die Kirchen göttliche oder menschliche Institutionen? Haben sie die Christenheit recht gelehrt und geleitet? Gottes Stellungnahme zum jüdischen Volk in der Gegenwart. Die Entwicklung der gegenwärtigen Weltlage und ihr glorreicher Ausgang im Lichte göttlicher Prophetie. Erkenntnis der wahren Bedeutung unserer Zeit bewahrt vor Verunsicherung und Verzweiflung. Friede auf Erden!

Eintritt frei! Eintritt frei!

Der selbe Vortrag:
Dienstag, 29. Juli, im „Fortunatsaal“, abends 8 Uhr
Mittwoch, 30. Juli, im „Ehrensaal“, abends 8 Uhr.

Colosseum.
Montag, den 26. Juli.
Großkampf im Colosseum.

Boxkampf 20 Runden mit leichten
Kampf-Handschuhen (120 Gramm)
Kautzky gegen FURST.
Ringkampf: Kupper gegen Christensen

Jagd-Verpachtung.

Die Jagd auf der abgeordneten Gemarkung
Hartwald (nördl. Teil des ehemaligen Groß-
Wildparks) und auf der abgeordneten Ge-
markung Stutensee wird am
Dienstag, den 17. August d. J., vorm. 10 Uhr,
im Schützenhaus bei Karlsruhe (Baden) im
Bege der öffentlichen Versteigerung auf die
Dauer von 8 Jahren in 3 Losen verpachtet und
zwar:

Los 1: Begrenzt im Süden durch die Abt.-
Grenze 4 a b und die in gleicher Richtung verlaufende
Parzellengrenze, im Westen durch die Parzellengrenze
von Höhe 111,9 bis zum Friedriehst.-
Hinterheimersträßchen, im Norden durch dieses
Sträßchen, im Osten durch die Grabener Allee
mit rund 762 Hektar Wald.

Los 2: Begrenzt im Süden durch den Kanal,
im Osten durch die Hagelsfeld-Planenlocher-
Landstraße und den Parzellan bis zum Planen-
locher-Leopoldshofener Sträßchen, im Norden
durch dieses Sträßchen, im Westen durch die
Grabener Allee mit rund 700 Hektar Wald.

Los 3: Begrenzt im Süden durch das Planen-
locher-Leopoldshofener Sträßchen und die
Planenlocher Gemarkungsgrenze, im Osten
durch das Planenlocher-Elstforter Sträßchen und
die Gemarkungsgrenze Friedriehst.-Hartwald
bis zum Friedriehst.-Hinterheimersträßchen, im
Norden durch dieses Sträßchen, im Westen durch
die Grabener Allee mit rund 790 Hektar Wald;
außerdem daran angrenzend die abgeordnete
Gemarkung Stutensee mit 98,8880 Hektar Wie-
sen und Acker.

Die Forstwärte Karl Geh III und Funk in
Eggenstein und Forstwart Kappel in Lintenheim
zeigen auf Verlangen das Los 1, die Forstwärte
Karl Geh III in Eggenstein, Hoffmann und
Pfaffheider in Planenloch das Los 2, die Forst-
wärte Barie und Gerlan in Friedriehst. das
Los 3 vor.

Die näheren Bedingungen können jeweils
Mittwochs und Samstags vormittags von 8-12
Uhr auf dem diesseitigen Geschäftszimmer,
Schloßbezirk 16, eingesehen werden. 4667
Bad. Forstamt Karlsruhe-Carbt.

Vergebung v. Wegarbeiten im Bannwald.

Durch die südwestl. der Bannwald-Allee ge-
legene Wiege soll längs des Ufers von der
Eiemensbrücke ab (Fabrik von Junter u. Ruh)
ein 250 Meter breiter Gehweg — rund 23 000
Quadratmeter Fläche — unter Verwendung von
Erdbrockslojen angelegt werden. Angebotsfor-
mulare mit den näheren Bedingungen, sowie
gewünschte Auskünfte sind bei der unterzeich-
neten Stelle erhältlich. Die Angebote sind ver-
schlossen mit entsprechender Aufschrift bis spä-
testens Mittwoch, den 28. Juli ds. J., vormit-
tags 10 Uhr bei uns einzureichen. Öffentliche
Vergebungsvergebung findet nicht statt. 2118
Karlsruhe, den 24. Juli 1920.

Städtisches Gartenamt.

Kleinverkaufspreise für Gemüse
und Obst.

Für die Zeit vom 27. Juli bis 2. August 1920.

Table with 2 columns: Gemüse and Obst. Lists items like Mangold, Spinat, Fenchel, etc. with prices.

Diese Preise wurden im Benehmen mit der Bad.
Gemüse- und Obstverwertung und dem Bad. Landes-
preisamt festgesetzt.
Ihre Ueberführung wird gegebenenfalls als
übermäßige Preisermäßigung angesehen. 2114
Karlsruhe, den 23. Juli 1920.
Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.
Kommunalverband Karlsruhe-Land.

Auffüllung
von Hafengeleänden.

Die Auffüllung von Ge-
leänden am IV. Rheinhafen-
becken 40 000 oder 70 000
(Schwimm- oder Trocken-
boogerung) soll öffentlich
vergeben werden.
Angebote wollen unter
Benennung der entpre-
chenen Bohrdrücke ber-
echneten, gebührenfrei und
mit der Aufschrift: „Auf-
füllung von Hafengeleänden“
eingereicht werden.
Bedingungen und Pläne
finden in der Zeit von
7-3 1/2 Uhr täglich auf
unserem Dienstzimmer
Nr. 28 Rathaus, 3. Stock,
eingesehen und hier auch
die Angebotsbohrdrücke er-
halten werden. Die An-
gebotsbohrdrücke mit ge-
nauer Arbeitsbeschreibung
werden mit Zeichnungen
auf Verlangen auswärts
gegen Erhebung gegen Er-
satz der Kosten — 10 Mk. —
ausgestellt.
Eine öffentliche Ver-
dingungsverhandlung fin-
det nicht statt. 2120
Karlsruhe, 23. Juli 1920.
Städt. Tiefbauamt.

Friedrichshof-Garten.
Heute Abend 8 Uhr
Grosses Militär-Konzert
der Kapelle des Bad. R. W. Rgts. 113
Dirigent: Obermusikmeister Bernhagen.

Schulferien!

Schüler sämtlicher Schulen
welche schriftlich schreiben,
benutzen J. Dink's Spe-
zialkreideweise, Belling-
straße 78. Honorar 30 Mk.

Brotpreisermäßigung.

Durch Beschluß des Stadtrats wurde der
Brotpreis herabgesetzt. Am Montag, den 26.
Juli 1920:
ein 1500 Gramm-Brot M. 8.80
ein 750 Gramm-Brot M. 1.90
Karlsruhe, den 24. Juli 1920.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Zur Fett-Verteilung.

Das in der Woche vom 26. Juli bis 1. Aug.
in den Fettverteilungsstellen auszugebende
Fett wird nicht wie irtümlich bekannt gemacht
auf die Marken A und B 143, sondern auf die
Marke Nr. 9
ausgegeben. 2115
Karlsruhe, den 24. Juli 1920.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Besseres Bier
gibt es jetzt wieder
Brauerei Schrempf
Karlsruhe :: :: Fernruf 12

Annahmestelle
der
Waschanstalt
u. Rasenbleiche

(Fr. Hollenbach)
Mühlweg, Sternstr. 1,
Baden, nimmt jeder Art
von Wäsche an. 2009

Wir offerieren
zu billigsten Tagespreisen in nur prima Qualitäten:
Einmachbohnen
Kartotten
Rote Rüben (Rahnen)
Rettiche
Stoppelrüben
Dickrüben
Kohlraben
Gurken
Zwiebeln
Tomaten
Blumenkohl
Weisskraut
Rotkraut
Wirsing
Früh- und Spätobst
Wirtschafts- u. Tafelobst
Kern- und Steinobst
Mohnsamen
Rapsamen
Rübensamen

Der neue Schlager!

Wessende, Händler, Frauen,
verlangen Sie bitte sofort
Prospekt. Paul Neubert,
Einbeil IV. 2124/2

Wäsche

aller Art auch Stroh-Wäsche
wird zum Waschen und
Bügeln angenommen.
Göthestraße 31, 3. Stock.

Wirtschaft
zu verkaufen.

Liebhaber wollen
sich unter Nr. 4826
durch das Volks-
freundbüro melden.

Die große
Ausrede

von der
erdolchten Front
Gründendes Material von
Zeremonien, Zellen u. Pro-
fessuren zur Wäsche der
niederrheinischen Verleumdung.
Ihre eigene Presse enthält die
Geschichten über die
eigentlichen Verhältnisse.
Preis 2 Mark und
20% Zeitschenkung
Volksrechtshandlung
Karlsruhe, Adlerstr. 16

Henninger's
Gummibehaltung.
Mit Spezial-Maschinen
wasserdicht aufgedreht,
aber leicht zu zerlegen. Keine neue
Leberbeziehung nötig.
Herren-Sohlen
mit Absatz Nr. 28. —
Damen-Sohlen
mit Absatz Nr. 25. —
Erle Karlsruher
Gummibehaltung-Anstalt
mit Kraftbetrieb
145 Kaiser-allee 145
Haltestelle: Philbpfstraße
Telefon 5068. 4663
Annahmest.: Kaiserstr. 101
Schuhhaus N. Danner.

Stärke-
Leib- und
Haushalt-
Wäsche

übernimmt bei
kurzer Lieferzeit
Dampfwäsche-Anstalt
A. Lau
Karlsruhe
Annahmestellen:
Augartenstraße 37,
Laden
Scheerstraße 10 a
Schützenstr. 48 Laden
Sofienstr. 13, Laden
Waldhornstr. 31,
Laden (Eingang
Zähringerstraße).
Knetlingen:
Hauptstr. 94, Laden

Wanzen, Käfer etc.

lassen Sie am besten
durch meine Spezial-
Verfahren in kürzester
Erfolg unter Garantie vertilgen.
U. B. N. Fr. Springer, Karlsruhe
nur Markgrafenstr. Nr. 52 — Telefon 3263.
Abonnement für Hausbesitzer unter günstigen Bedingungen.

Bretten.
Gallwirtsch. Ferd. Neff

Apothekergasse, Promenadeweg
— nächst dem Marktplatz —
bringt bei Familien- und Vereinsausflügen
seine Räumlichkeiten
grosses Nebenzimmer u. Gartenwirtschaft
in empfehlende Erinnerung.

ff. Bier, reine Weine

Gute Beienung — reelle Preise.

Durlacher Anzeigen.

Kohlen-Marken.
Trotz wiederholter Aufforderung, die mit dem
1. Mai ungültig gewordenen Kohlenpreise des
Vergleichsjahres 1919/20 gegen neue Preise um-
zutauschen, ist noch immer eine größere Anzahl
von alten Hefen in den Händen der Kunden.
Wir erlauben nochmals den Umtausch nunmehr
spätestens bis zum 31. Juli in unserer Geschäfts-
stelle (Stadt, Gaswerk) vorzunehmen. Die Koh-
lenhändler haben Mitteilung, auf die Marken des
alten Heftes keine Kohlen zu verabfolgen.
Die Ausfichten für die Kohlenverwertung im
kommenden Winter sind durch die erhöhten Ab-
lieferungen an den Feindbund außerordentlich
beeinträchtigt. Es ist deshalb damit zu rechnen,
daß eine nachträgliche Belieferung von Marken
des neuen Heftes, die im Sommer aufgerufen
sind, im kommenden Winter nicht erfolgen kann.
Sofortige Abnahme der jeweils aufgerufenen
Mengen wird deshalb dringend empfohlen und
bemerk, daß weitere Kohlenpreissteigerungen
in Aussicht stehen. 2117
Durlach, den 26. Juli 1920.
Ortskohlenstelle.

Zahle!

höchste Preise für Klei-
der, Uniformen, Schuhe,
Wäsche und Gardinen.
E. Axelrad, Tel. 3980
Effenweinstr. 32. 4294

12 000 Mark für die Leser

von Kürschners Bücherschatz (Roman- und Novellenammlung).
Jeder Band mit Feuerungszuschlag 1 Mk. Bedingungen für das Preisaus Schreiben
liegen jedem neuen Bande bei oder sind von jeder Buchhandlung sowie vom
Germann Sillger Verlag, Berlin W 9, kostenlos zu beziehen. 4047

Zurückgekehrt
Dr. Janson

Ettlingerstraße 29.

DRUCKSACHEN
ALLER ART

für Behörden, Handel u. Ge-
werbe sowie privaten Bedarf
liefert in geschmackvoller u.
preiswerter Ausführung in
:: Schwarz- und Buntdruck ::

Buchdruckerei „Volksfreund“

Karlsruhe Geck & Cie. Lusenstr. 24

Bretten.
Gallwirtsch. Ferd. Neff

Apothekergasse, Promenadeweg
— nächst dem Marktplatz —
bringt bei Familien- und Vereinsausflügen
seine Räumlichkeiten
grosses Nebenzimmer u. Gartenwirtschaft
in empfehlende Erinnerung.

ff. Bier, reine Weine

Gute Beienung — reelle Preise.

Durlacher Anzeigen.

Kohlen-Marken.
Trotz wiederholter Aufforderung, die mit dem
1. Mai ungültig gewordenen Kohlenpreise des
Vergleichsjahres 1919/20 gegen neue Preise um-
zutauschen, ist noch immer eine größere Anzahl
von alten Hefen in den Händen der Kunden.
Wir erlauben nochmals den Umtausch nunmehr
spätestens bis zum 31. Juli in unserer Geschäfts-
stelle (Stadt, Gaswerk) vorzunehmen. Die Koh-
lenhändler haben Mitteilung, auf die Marken des
alten Heftes keine Kohlen zu verabfolgen.
Die Ausfichten für die Kohlenverwertung im
kommenden Winter sind durch die erhöhten Ab-
lieferungen an den Feindbund außerordentlich
beeinträchtigt. Es ist deshalb damit zu rechnen,
daß eine nachträgliche Belieferung von Marken
des neuen Heftes, die im Sommer aufgerufen
sind, im kommenden Winter nicht erfolgen kann.
Sofortige Abnahme der jeweils aufgerufenen
Mengen wird deshalb dringend empfohlen und
bemerk, daß weitere Kohlenpreissteigerungen
in Aussicht stehen. 2117
Durlach, den 26. Juli 1920.
Ortskohlenstelle.